Nr. 26 — Jahrgang 19 | Einzelnummer 0,20 Zl. | Mittwoch, den 1. Februar 1933

Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Geschäftsstelle der „Volksstimme" Bielsko, Republikanska Nr. 41. — Telefon Nr. 1294

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Abonnement: Vierzehntägig vom 1. bis 15. 2. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). — Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 2097

Hitler zum Reichskanzler ernannt

Die Aufgaben des neuen Kabinetts — Scharfe Ablehnung durch die demokratische Presse
Den Eid auf die Verfassung geleistet — Sozialdemokratischer Mißtrauensantrag eingebracht

Berlin. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident hat Herrn Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt und auf dessen Vorschlag die Reichsregierung wie folgt gebildet: Reichskanzler a. D. von Papen zum Stellvertreter des Reichskanzlers und Reichskommissar für das Land Preußen.

Freiherrn von Neurath zum Reichsminister des Auswärtigen.

Staatsminister a. D. M. d. R. Dr. Frick zum Reichsminister des Innern.

Generalleutnant Freiherr von Blomberg zum Reichswehrminister.

Graf von Schwerin-Krosigk zum Reichsminister der Finanzen.

Geheimen Finanzrat M. d. R. Hugenberg zum Reichsminister der Wirtschaft und zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.

Franz Seldte zum Reichsarbeitsminister.

Freiherrn von Eltz-Rübenach zum Reichspostminister und zum Reichsverkehrsminister.

Den Reichstagspräsidenten Göring zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich und gleichzeitig zum Reichsminister für den Luftverkehr.

Reichsminister Göring wurde mit der Wahrnehmung der Geschäfte des preußischen Innenministeriums betraut.

Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Gereke, wird in seinem Amte bestätigt.

Die Besetzung des Reichsjustizministeriums bleibt vorbehalten.

Der Reichskanzler wird noch heute Verhandlungen mit dem Zentrum und der Bayrischen Volkspartei aufnehmen.

Die neuen Minister bereits vereidigt

Berlin. Amtlich wird mitgeteilt: Der Herr Reichspräsident hat Montag die durch das Reichsministergesetz vorgeschriebene Vereidigung des Reichskanzlers Adolf Hitler und der Mitglieder der neu gebildeten Reichsregierung vorgenommen.

Was wird Hitler tun?

Frick über die Aufgaben der neuen Regierung.

Berlin. Reichsinnenminister Dr. Frick sprach sich vor der Presse über seine Aufgaben aus, wobei er in Abrede stellte, daß angeblich die Eingliederung der SA. in den Staatsapparat geplant gewesen sei, daß ein Verbot der KPD. erwogen worden ist, und daß die Reichsreformpläne Papens wieder zur Erörterung gestellt werden sollten. In einer Presseunterredung sprach sich Frick scharf gegen die kommunistischen Generalstreikdrohungen aus und kündigte die Vorlegung eines Ermächtigungsgesetzes im Reichstag an.

Mißtrauensantrag der SPD gegen Regierung Hitler beschlossen

Parteiausschuß einberufen.

Berlin. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß entsprechend dem Vorschlag des Fraktionsvorstandes die Einbringung eines Mißtrauensantrages gegen die Regierung Hitler.

Der Parteiausschuß der SPD ist für Dienstag vormittag nach Berlin einberufen worden.

Berliner Pressestimmen zur Regierungsbildung

Berlin. Die Mehrzahl der Berliner Abendblätter nimmt bereits zu der Ernennung der neuen Reichsregierung Stellung.

Im „Vorwärts" heißt es: Der Reichspräsident hat mit der Ernennung dieser Regierung die **furchtbarste Verantwortung** übernommen, die jemals ein Staatsoberhaupt übernommen hat. Er steht dafür, **daß diese Regierung den Boden der Verfassung nicht verläßt und daß sie sofort zurücktritt, wenn sie eine Mehrheit im Reichstag nicht erhält.** Würde ein Versuch gemacht werden, diese **Minderheitsregierung**, deren Feindschaft gegen die Verfassung offenkundig ist, auch ohne Zustimmung des Reichstags im Amte zu halten, **so wäre eine Situation gegeben, die vom arbeitenden Volke die Einsetzung letzter und äußerster Kräfte erfordert.** Die Organisationen der **Eisernen Front** stehen in engster Verbindung miteinander und verfolgen die Entwicklung mit äußerster Spannung.

Geheimrat Hugenberg
der Schöpfer der Harzburger Front und Träger des Kabinetts Hitler.

Die „Germania" teilt mit, daß außer Fraktionsverhandlungen des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei am Sonntag auch eine Besprechung zwischen Staatsrat Schäffer und dem Führer der Bayerischen Volkspartei-Fraktion, Prälaten Leicht, einerseits und dem Parteichef des Zentrums, Prälaten Kaas und dem ehemaligen Reichskanzler Dr. Brüning andererseits stattgefunden habe und schreibt dazu: Bei diesen engeren Besprechungen ergab sich eine einheitliche und geschlossene Willensmeinung dahingehend, **daß beide Parteien einmütig mit aller Entschiedenheit gegen jedliche Staats- und Verfassungsexperimente Stellung nehmen und nur eine mit der Rechtsordnung des Staates und der Verfassung übereinstimmende Lösung der Krisis anerkennen können.** Beide Parteien sind entschlossen, sich jedem Versuch, eine einseitige Parteiherrschaft aufzurichten, mit allen gegebenen Mitteln entgegenzustellen.

Das „Berliner Tageblatt" kommt zu folgendem Schluß: Das Kabinett Hitler hat zunächst nur die Harzburger Front, also eine parlamentarische Minderheit hinter sich. Wäre unter Hitlers Führung ein Mehrheitskabinett zustande gekommen, also eine Regierung, die auch vom Zentrum und der Bayerischen Volkspartei gestützt würde, dann hätte von der Ebene der Demokratie aus niemand einer solchen Lösung grundsätzlich widersprechen können. Soll nun, falls der Reichstag überhaupt zusammentritt — die Mehrheit samt dem Zentrum kann seine Einberufung jederzeit erzwingen — und falls das neue Kabinett ein Mißtrauensvotum erhält, **sofort aufgelöst und neu gewählt werden oder soll die Neuwahl,** wie es Hugenberg und seine Blätter seit Tagen verlangt haben, zunächst ohne Termin aufgeschoben werden? Die Anhänger der Demokratie werden durch die Ernennung des nationalsozialistischen Führers zum Kanzler und durch die Bestellung eines eindeutig reaktionären Kabinetts **nicht die Nerven verlieren,** obwohl sie die Anmaßung der Minderheit, die jetzt nach Schleichers Sturz die Macht über den Staatsapparat übernimmt, als **eine Herausforderung empfinden müssen.**

Die „Vossische Zeitung" gibt ihrer Meinung wie folgt Ausdruck: In einem Augenblick stärkster sozialer Spannungen, die nur durch sorglichsten und schonendsten Ausgleich der widerstrebenden Kräfte erträglich gemacht werden könnten, wird ein Kurswechsel vollzogen, **der als Kampfansage wirken muß.** Die Gegensätze, die zwischen den Trägern des neuen Regimes klaffen, **verstärken das Unbehagen,** den Zweifel, die Sorge um die nächste Zukunft. Hindenburg hat Hitler betraut. **Die Zeichen stehen auf Sturm.**

Kampf gegen Alle!

Reichspräsident von Hindenburg hat am Montag dem Münchener Putschisten Adolf Hitler die politische Macht ausgeliefert. Der Führer der Prätorianer, die die Weimarer Verfassung als die Ausgeburt des Marxismus betrachten, von der alles Uebel über Deutschland gekommen ist, hat dieselbe Weimarer Verfassung zu schützen und zu achten, beschworen. Kein Wunder bei der „Charakterfestigkeit" Hitlers, der einmal als Held Deutschlands sterben wollte, wenn ihm nicht der Staatsstreich gelingt. Er ist ihm nicht gelungen und über Zuchthaus und Bewährungsfrist, ist er jetzt deutscher Reichskanzler geworden. Er hat wenigstens einmal richtig prophezeit, daß er jung und Hindenburg alt ist, darum warten kann, bis ihn Hindenburg doch einmal als Führer der deutschen Nation berufen wird. Und wie bescheiden der Anstreicher aus Braunau in Oesterreich geworden ist. Nur die alleinige Macht wollte er haben und begnügt sich sogar mit zwei Ministern im Kabinett Papen—Hugenberg, die in letzter Stunde die Harzburger Front zur „Rettung Deutschlands" nochmals galvanisiert haben, nachdem über den „Finanzrat Hugenberg" die schwerste Artillerie von Schimpfkanonaden herabgeprasselt ist und Papen von den Hitlerleuten als der größte Schändling hingestellt worden ist. Zum Ausgleich hat man sogar den Reichstagspräsidenten Goering, der Papen, ohne ihn zu Wort kommen zu lassen, das Mißtrauensvotum ausstellen ließ, jetzt zum Luftwehrminister ernannt und in Preußen ohne besonderen Auftrag, aber zur Ueberwachung. Nach den hier verzeichneten Kuriosen, die nur ganz oberflächlich aus der Fülle der politischen Lächerlichkeit herausgegriffen sind, soll man zu einem objektiven Urteil über das neue Kabinett der Retter Deutschlands kommen.

Bei der Auswahl der Minister des Kabinetts Hitler, ist man außergewöhnlich vorsichtig zu Werk gegangen. Mit einem Schritt hat man den Nationalsozialisten die Macht ausgeliefert, um sie wiederum sofort zu isolieren. Hitler ist Reichskanzler, Frick Innenminister, aber rechtzeitig ist Papen Vizekanzler und Preußenkommissar, so daß man ihm die Polizei sofort für besondere Zwecke der Macht entzieht. Generalleutnant Blomberg ist kein Freund der Nationalsozialisten, dafür hat ihm Hindenburg das Reichswehrministerium übertragen und den wichtigsten Posten des deutschen Außenministeriums, Herr von Neurath überlassen, damit der Anstreicher aus Braunau in der Außenpolitik nicht herumpfuschen kann. Auch die Finanzen und den Verkehr hat man den Nazis entzogen, dafür die Wirtschaft und die Ernährung Hugenberg übertragen. Bei einer solchen Machtverteilung ist Hitlers Macht zerniert und wird ihm schon in den nächsten Tagen mehr Schmerz als Freude bereiten, woran auch die Fackelzüge nichts ändern werden, die man am Montag durch Stahlhelm und Sturmabteilungen zu Hitlers Ehren durchgeführt hat, denn der Katzenjammer über die „Fülle" der Macht, kommt schneller als je denkbar zum Ausdruck. Schleicher, der Mann mit der großen Ruhe und den starken Nerven, hat diese Nerven beim Werben um Hitler verloren. Hitler, der Retter Deutschlands wird an der Fülle der Macht zugrunde gehen. Allerdings ist die Frage offen, ob man ihn so leicht zur Aufgabe des Reichskanzlerpostens bewegen wird, wie man ihm die Macht ausgeliefert hat und wer weiß, wann der Tag kommt, wo die Reichswehr dazu benötigt wird, um die Nazisminister von ihren Posten zu entfernen. Von der Tragödie zur Farce, das ist der geschichtliche Weg der deutschen Politik unter Hindenburg. Aber, lassen wir unsere Sorgen zunächst beiseite, denn die neuen Machthaber haben ja dem Reichspräsidenten geschworen, die Weimarer Verfassung zu achten und zu schützen. Wers glaubt, zahlt den Taler!

Nun darf man sehnsüchtig erwarten, daß Hitler seinen fertigen Rettungsplan, der ihm angeblich schon einmal die Papen—Schleicher zur Rettung Deutschlands gestohlen haben, aus der Verborgenheit herauszieht und siehe da, Deutschland ist gerettet, der Aufzug der Deutschen Nation beginnt, wie es so schön im Deutschlandsender, bezüglich des Fackelzugs vor Hitler, geheißen hat. Die Herren vom Stahlhelm und die Braunhemden verstehen sich auf Fackelzüge und patriotischen Tramtam, aber das ist auch alles, darüber hinaus ging es mit Deutschland immer mehr rückwärts, je mehr die Herrschaften die Deutschlandrettung in nahe Aussicht stellten, und diesen Weg zum Chaos wird das Dreigespann Hitler—Papen—Hugenberg vollenden. Träume

sind in Erfüllung gegangen: Hitler ist der Führer des neuen Deutschlands, Papen ist wieder Vizekanzler und Hugenberg Krisenminister, ein Zeichen, daß man aus der Krise nicht herauskommen will. Nur die eine Voraussetzung fehlt dem Kabinett des neuen Deutschlands, die parlamentarische Mehrheit, das deutsche Volk hat jedenfalls Hitler als Führer zweimal abgelehnt und es ist eine Ironie des Schicksals, daß der gleiche Hindenburg den Anstreicher von Braunau zu seinem Kanzler machen muß, der ihn bei seiner Wahl zum Reichspräsidenten nicht nur auf das schärfste bekämpft, sondern auch politisch herabgesetzt hat. Aber im Kampf gegen das deutsche Volk und die deutsche Arbeiterklasse, haben sich Junker und Industrielle zusammengefunden, die Rettung wird dem deutschen Volk übel bekommen, und auch Hindenburg wird der Dank aus dem Hause Hitler noch rechtzeitig zuteil.

Wir wiederholen, daß dieses Kabinett ein Kampfkabinett gegen das deutsche Volk ist, keine Mehrheit im Reichstag hat und das, was Hindenburg Schleicher nicht gewähren wollte, die Reichstagsauflösungsvollmacht, wird er an Papen-Hitler-Hugenberg ausliefern müssen. Der Reichspräsident ist wieder einmal falsch beraten worden und fragt es sich, wer im Endkampf Sieger bleiben wird. Alles hängt jetzt vom Zentrum ab, welches in aller Schärfe bestreitet, irgendwie an der Bildung dieses Kabinetts beteiligt zu sein. Trotzdem sollen im Verlauf des Dienstags Verhandlungen angeknüpft werden und man war im Hause Hugenberg so gnädig, dem Zentrum sogar den Justizminister zu überantworten, falls es Hitler als Kanzler tolerieren oder sogar mitregieren will. Darf man das Zentrum politisch ernst nehmen so kann es nichts anderes tun, als dieses Kabinett abzulehnen oder, wenn es wirklich wahlmüde ist, nur mit außerordentlichen Vollmachten wursteln lassen. Hitler ist die Fülle von Macht zu gönnen, er teilt sie mit den „feinen Leuten", die er bekämpft hat, geht mit dem deutschen Nationalhanswurst", wie Hugenberg in der Nazipresse bezeichnet wurde und will sogar von der Gnade der „Jesuitenpest" seine Reichskanzlerschaft fristen. Ja, Charakter, das war schon immer eine besondere Schwäche des neuen Reichskanzlers, und wir wünschen ihm gern, daß er nun seine Versprechungen erfüllt, die er so reichlich ausgestreut hat. Seine Braunhemden erleben durch Fricks Mund, den neuen Innenminister, aber die erste Enttäuschung, die er ihnen von der In- und Auslandspresse bereitet hat, die SS- und SA-Leute werden nicht in den Staat oder dessen Polizei einbezogen, und siehe weiter, die Kommunistische Partei wird nicht aufgelöst, rückwärts, rückwärts immer, nur vorwärts nimmer! Das ist das Programm der neuen Herren, die das politische Ruder Deutschlands führen.

Nun, das deutsche Volk ist reif, um seine politischen Geschicke führen zu können. Dazu bedarf es nicht des Anstreichers aus Braunau. In der deutschen Geschichte ist dies nur eine kurze Periode, die mit einer Farce enden wird. Es dürfte nicht einmal solange dauern, bis dieser politische Schwindel ein Ende nimmt. Die deutsche Arbeiterklasse, das betonen wir immer wieder, wird auch mit diesem Faschingsspuk von 1933 fertig werden. Aber erst sollen einmal die Herren versuchen, die Rettung Deutschlands durchzuführen und es wäre nur zu wünschen, daß man die Herren bei ihrem Vorhaben nicht stört! Jeder blamiert sich, so gut er kann, und Hitler hat dieses Werk nur zu vollenden. —ll.

Reichstag spätestens am 7. Februar

Berlin. Der Aeltestenrat des Reichstages, der am Montag nachmittag unter dem Vorsitz des Präsidenten Göring tagte, beschloß, entsprechend einem nationalsozialistischen Antrag mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten, die nächste Vollsitzung des Reichstages spätestens am Dienstag, dem 7. Februar stattfinden zu lassen. Ein früherer Termin soll nur dann gewählt werden, wenn die Regierung den Wunsch hat, bereits vor Dienstag nächster Woche ihre Erklärung im Reichstag abzugeben. Anträge der Kommunisten und Sozialdemokraten auf sofortige Einberufung des Reichstages wurden gegen die Stimmen der beiden Parteien abgelehnt.

Neue Bombenfunde in Barcelona

Madrid. In Barcelona wurden bei einer Haussuchung 300 Bomben, 460 Dynamitpatronen, mehrere Gewehre und Revolver gefunden und beschlagnahmt. Ein lang gesuchter Kommunist, der eines Anschlags verdächtig ist, wurde unter dem Dach des Hauses verhaftet.

Sozialisten lehnen Daladier ab

Daladiers Kabinett im wesentlichen fertig — Paul Boncour Außenminister

Paris. Gegen 1,15 Uhr Berliner Zeit hat Daladier mitgeteilt, daß er sein Kabinett im wesentlichen gebildet habe. Er müsse allerdings dazu noch eine Reihe von Besuchen machen und werde die endgültige Ministerliste zu Beginn des Nachmittags bekannt geben und sein Kabinett dem Präsidenten der Republik vorstellen. Das neue Kabinett wird nur wenige Aenderungen gegenüber der letzten Regierung aufweisen. Die vorläufige Ministerliste lautet wie folgt:

Ministerpräsident und Kriegsministerium: Daladier.
Außenministerium: Paul Boncour.
Finanzministerium: George Bonnet.
Haushaltsministerium: Lamoureux (bisher Generalberichterstatter des Haushaltsausschusses).
Innenministerium: Chautemps.
Post: Laurent-Eynac.
Landwirtschaft: Queuille.
Marine: Leygues.

Gegen Mitternacht wurde in parlamentarischen Kreisen das **Scheitern der Verhandlungen Daladiers mit den Sozialisten bestätigt.** Die Unterredungen zwischen den Vertretern der sozialistischen Kammerfraktion und Daladier, die bis in die Nachtstunden fortgesetzt wurden, **haben keine Annäherung gebracht.** Die sozialistischen Fraktionen der Kammer und des Senates, die nach Abschluß der gegenseitigen Fühlungnahme noch im Palais Bourbon zusammengetreten waren, konnten lediglich zur Kenntnis nehmen, **daß Daladier die Erfüllung der sozialistischen Programmpunkte als unannehmbar bezeichnet hat.** Wie verlautet, wird die sozialistische Partei **Daladier keinerlei Unterstützung gewähren.**

Kampf gegen Diktatur und Faschismus

Sozialdemokratischer Aufruf zur Regierungsbildung

Berlin. Die Vorstände der sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hielten am Montag eine gemeinsame Sitzung ab in der beschlossen wurde, einen Aufruf zu veröffentlichen, in dem es u. a. heißt:

Die Feinde der Arbeiterklasse, haben sich zusammengeschlossen zum gemeinsamen Kampf gegen die Arbeiterklasse, zu einer reaktionären großkapitalistischen und großagrarischen Konzentration. Die Stunde fordert die Einigkeit des ganzen arbeitenden Volkes zum Kampf gegen die vereinten Gegner. Wir führen unseren Kampf auf dem Boden der Verfassung. Die politischen und sozialen Rechte des Volkes, die in Verfassung und Gesetz verankert sind, werden wir gegen jeden Angriff mit allen Mitteln verteidigen. Jeder Versuch der Regierung, ihre Macht gegen die Verfassung anzuwenden oder zu behaupten, wird auf den äußersten Widerstand der Arbeiterklasse und aller freiheitlich gesinnten Volkskreise stoßen. Zu diesem entscheidenden Kampf sind alle Kräfte bereitzuhalten. Undisziplinierten Vorgehen einzelner Organisationen oder Gruppen auf eigene Faust würde der gesamten Arbeiterklasse zum schwersten Schaden gereichen. Darum her zur Eisernen Front. Nur ihrer Parole ist Folge zu leisten.

Die erste Sitzung des Reichskabinetts

Berlin. Das neue Reichskabinett trat am Montag nachmittag zu seiner ersten Sitzung zusammen, in der der Reichskanzler Adolf Hitler auf die Bedeutung des Tages hinwies, an dem die Einigung der nationalen Kräfte Deutschlands durch die Bildung eines Kabinetts der nationalen Konzentration erreicht worden sei. **Die Politik des Kabinetts dürfe den Ausbruch des Glaubens und Vertrauens, der heute im deutschen Volke spontan zum Ausdruck gekommen sei, nicht enttäuschen.** Der Reichskanzler gab dann einen Ueberblick über die Grundsätze, nach denen er seine Politik zu führen gedenke und über das Verhalten, das gegenüber dem Reichstag angewandt werden solle. Eine allgemeine Aussprache ergab eine völlige Uebereinstimmung der Ansichten.

Ferner wurde beschlossen, dem Reichspräsidenten an Stelle des zurücktretenden Staatssekretärs Planck den Ministerialrat im Reichsministerium des Innern, Dr. Lammers, zum Staatssekretär in der Reichskanzlei und an Stelle des zurücktretenden Ministerialdirektors Marcks das Mitglied des Reichstages, Chefredakteur Walter Funk zum Ministerialdirektor und Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung vorzuschlagen.

Erste Fühlungnahme mit dem Zentrum

Dienstag vormittag Kaas bei Hitler.

Berlin. Wie die „Germania" aus Zentrumskreisen berichtet, hat am Montag nachmittag um 2,30 Uhr eine erste Fühlungnahme zwischen den nationalsozialistischen Abgeordneten und derzeitigen Ministern im Kabinett, Göring und Frick und dem Zentrumsabgeordneten Perlitius und Bell stattgefunden, als deren Zweck von nationalsozialistischer Seite bezeichnet wurde, eine Erklärung über die politische Lage entgegen zu nehmen. Nach den bisherigen Dispositionen werde Hitler den Vorsitzenden der Zentrumspartei, Prälat Dr. Kaas, Dienstag vormittag 11 Uhr empfangen.

Genf zur neuen deutschen Regierung

Keine Aenderung des außenpolitischen Kurses erwartet.

Genf. Die Bildung der neuen deutschen Regierung hat hier ein bei bisherigen Kabinettskrisen noch nicht erlebtes Interesse erregt. Allgemein erwartet man, **daß in dem außenpolitischen Kurs keinerlei Aenderung eintreten wird und daß insbesondere die deutsche Abrüstungspolitik in der bisherigen Weise fortgesetzt werden wird.** In offiziellen französischen Kreisen legt man sich in der Bewertung des neuen deutschen Kabinetts größere Zurückhaltung auf. Das Interesse in englischen Kreisen richtet sich hauptsächlich auf die Frage der Dauer der neuen deutschen Regierung. Man gibt im Hinblick auf die bevorstehenden großen internationalen Verhandlungen auf der Abrüstungs- und der Weltwirtschaftskonferenz der Hoffnung Ausdruck, daß nunmehr stabile Regierungsverhältnisse in Deutschland eintreten werden. Auf italienischer Seite zeigt man offene Genugtuung über die Bildung der neuen deutschen Regierung.

Der zweifellos überwiegende allgemeine Eindruck geht dahin, daß das neue deutsche Kabinett einen entscheidenden Wendepunkt in der deutschen Nachkriegsgeschichte bildet.

Ergebnislose Verhandlungen über die große Agrarbeschwerde des Deutschtums in Polen

Genf. Die in den letzten Tagen hier von dem Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes, Ministerialdirektor Dr. Meyer, mit dem Dreierausschuß des Völkerbundsrates geführten eingehenden vertraulichen Verhandlungen über die große Agrarbeschwerde des Deutschtums in Polen, sind ohne jedes Ergebnis verlaufen.

Unter diesen Umständen rechnet man damit, daß in der am Dienstag vor dem Völkerbundsrat stattfindenden Verhandlung über die Agrarbeschwerde des Deutschtums in Polen von deutscher Seite der Abschluß der Verhandlungen und die Klageerhebung vor dem Haager internationalen Gerichtshof beantragt werden wird. Hierzu bedarf es keiner Zustimmung des Völkerbundsrates.

Kommunistischer Mißtrauensantrag gegen die Regierung Hitler

Berlin. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat am Montag nachmittag folgenden Antrag beschlossen: Der Reichstag entzieht der Reichsregierung Hitler—von Papen das Vertrauen.

Jack London

MENSCHEN DER TIEFE

55)

Die Hungerklage.

Mein Vater hat mehr Widerstandskraft als ich, weil er auf dem Lande geboren ist."

Der das sagte, ein aufgeweckter junger Bursche aus East End, beklagte sich über seine schlechte körperliche Entwicklung.

„Sehen Sie nur meine elenden Arme." Er krempelte den Aermel auf. „Ich habe nicht genug zu essen bekommen, das ist alles. Ich rede nicht davon, wie es jetzt ist, jetzt leide ich keine Not. Aber es ist zu spät. Es ist unmöglich, das Versäumte nachzuholen, und das zu essen, was ich nicht bekam, als ich klein war. Mein Vater kam aus der Gegend von Fen nach London. Meine Mutter starb, und wir waren sechs Gören, die mit unserm Vater allein in zwei kleinen Löchern wohnten.

Es war eine schwere Sache für den Alten. Er hätte uns los werden können, aber das wollte er nicht. Er arbeitete den ganzen Tag und kam spät abends heim. Dann machte er Essen für uns, sorgte für uns, war uns Vater und Mutter. Er tat, was er konnte, aber wir bekamen nicht genug zu essen. Fleisch kriegten wir fast nie, und wenn wir es kriegten, war es das allerschlechteste, aber Kinder können nicht gedeihen, wenn sie nie etwas anderes zu Mittag bekommen als Brot und ein bißchen Käse, und nicht einmal soviel, daß sie satt werden können.

Und was ist dabei herausgekommen? Ich bin ein Schwächling und nicht halb so kräftig, wie mein Vater war; das kommt davon, weil ich als Kind gehungert habe. In wenigen Jahren ist nichts von mir übrig in London. Mein jüngerer Bruder, der größer und besser entwickelt ist als ich, lebt dann wohl noch Mein Vater und wir Kinder hielten zusammen, und so weit haben wir es also gebracht."

„Ich wundere mich," sagte ich, „daß die Lebenskraft unter solch [illegible] bei den jüngeren Kindern annimmt; man sollte glauben, daß die Kinder, je später sie geboren werden, desto schwächer sein müßten."

„Nicht, wenn die Familie zusammenhält", antwortete er. „Wenn Sie in East End ein Kind von acht bis zwölf Jahren sehen, das kräftig und gesund aussieht, so fragen Sie nur, und Sie werden sehen, daß es das jüngste von der Familie ist. Das kommt daher, weil die älteren mehr gehungert haben als die jüngsten. Wenn die späteren Kinder geboren werden, haben die älteren schon zu arbeiten begonnen, es kommt mehr Geld herein, und sie kriegen alle mehr zu essen."

Er zog den Aermel wieder über seinen Arm, den schlagenden Beweis, daß der chronische Halbhunger nicht gerade tötet, aber verkrüppelt. Seine Stimme war nur eine von den Tausenden, die sich hier im mächtigsten Reiche der Welt zur Hungerklage vereinigen.

Jeden Tag erhalten hunderttausend Menschen in den Vereinigten Königreichen Armenhilfe. Im Laufe eines Jahres erhält jeder elfte Arbeiter Armenunterstützung. Es verdienen 37 500 000 Menschen weniger als zwölf Pfund Sterling monatlich, und ein stehendes Heer von 8 000 000 lebt gerade an der Grenze der Not.

Ein Komitee für Speisung in den Londoner Schulen hat folgende Erklärung erlassen: In Zeiten, in denen keine besondere Not herrscht, befinden sich 55 000 Kinder in einem solchen Zustand von Hunger, daß man denken sollte, sie könnten unmöglich etwas in der Schule lernen.

Ich habe die Worte „In Zeiten, in denen keine besondere Not herrscht" hervorgehoben, damit ist nämlich gemeint: wenn gute Zeiten in England sind; denn so weit ist es gekommen, daß die Bevölkerung in England Hunger und Leiden — das, was man Not nennt — als einen Teil der sozialen Ordnung hinnimmt. Chronische Not betrachtet man als etwas ganz Alltägliches; nur in Perioden, in denen die Not einen ungewöhnlich großen Umfang annimmt, denkt man darüber nach.

Nie vergesse ich die bittere Klage, die ich einen Blinden in einem kleinen Laden in East End bei Anbruch der Dunkelheit nach einem finstern Tage murmeln hörte. Er war das älteste von fünf Kindern gewesen, die nur eine Mutter und keinen Vater gehabt hatten. Als der Aelteste hatte er von klein auf entbehren und schwer arbeiten müssen, damit seine Geschwister etwas zu essen bekamen. Nicht einmal in drei Monaten bekam er Fleisch zu schmecken und wußte nicht, was es heißt, seinen Hunger völlig zu stillen. Und er erklärte, daß dieser chronische Hunger in den Kinderjahren die Ursache war, weshalb er sein Augenlicht verloren hatte.

Zum Beweis dieser Behauptung führte er folgenden Ausspruch der Königlichen Blindenkommission an: „Blindheit ist am häufigsten in den ärmsten Distrikten, Armut beschleunigt diese furchtbare Heimsuchung."

Aber dieser Blinde — der heimgesuchte Mann, dem die Gesellschaft nichts zu essen gab — hatte noch mehr zu sagen, und seine Stimme verriet die Bitterkeit seines Gemüts: Er war nur einer von der riesigen Schar von Blinden in London, und im Blindenheim bekam man nie auch nur halb soviel Essen, wie man brauchte. Die Speisekarte eines Tages sah folgendermaßen aus:

Frühstück: drei Achtel Liter Grütze und trockenes Brot.

Mittag: 3 Unzen Fleisch, 1 Scheibe Brot, ½ Pfund Kartoffeln.

Abendbrot: drei achtel Liter Grütze und trockenes Brot.

Oskar Wilde — Gott schenke seiner Seele Frieden — verleiht dem Notschrei des eingekerkerten Kindes Worte, dem Notschrei der gewissermaßen auch für den eingekerkerten Mann und die eingekerkerte Frau gelten kann:

„Das zweite, unter dem ein Kind im Gefängnis leidet, ist Hunger. Die Nahrung, die man ihm gibt, besteht aus einem Stück des gewöhnlichen, schlecht gebackenen Gefängnisbrotes und einem Krug Wasser zum Frühstück um halb acht. Um zwölf Uhr erhält es Mittagessen, bestehend aus einer Schüssel grober Maismehlgrütze, und um halb sechs bekommt es ein Stück trockenes Brot und einen Krug Wasser zum Abendbrot. Diese Kost verursacht stets Krankheiten, namentlich bei kräftigen, erwachsenen Personen, die meistens Diarrhöe mit darauffolgender starker Entkräftung bekommen. Deshalb verteilen die Gefängniswärter in den großen Gefängnissen ganz regelmäßig eine Mixtur zum Stopfen, als etwas zur Verpflegung Gehöriges. Bei Kindern, die diese Kost erhalten, zeigt sich in der Regel, daß sie außerstande sind, sie zu essen, und jeder, der Kinder kennt, weiß ja, wie leicht die Verdauung eines Kindes gestört wird, und daß lediglich Weinen, Kummer und Mißgeschick schuld daran sein können.

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Ein Konfrater zu den Bolschewisten ausgerissen

Die „heilige“ katholische Kirche hat auch Ueberläufer, und zwar recht viele. Selbst in unserer Wojewodschaft fehlt es an solchen nicht. Wir erinnern an den Salomon, der aus der alleinseligmachenden Kirche ausgerissen ist und später zum Bischof bei den Altkatholiken befördert worden ist. Er hat sich die Sache besser vorgestellt, als es in Wirklichkeit war, denn er meinte, daß ihm die Schäflein nachlaufen werden, mit dem Gelde natürlich. Er hat sich das Leben als Bischof schöner vorgestellt, aber es kam anders. Wohl ist er Bischof geworden, aber das Geld ist ausgeblieben, und deshalb kehrte er als ein „verlorener Sohn“ wieder in den Schoß der Alleinseligmachenden zurück.

Der Papst hat eine besondere Kommission „Pro Russia“ eingesetzt, die unter der Leitung des Erzbischofs d'Herbigny stand. Diese Kommission hatte eine sehr wichtige Aufgabe zu erfüllen, denn sie sollte eine „Aussöhnung“ zwischen den Bolschewisten und Rom herbeiführen. Dafür wollte der Papst die Oberaufsicht der russischen Kirche über die Uniten in Polen verleihen. Das kostet nichts, kann aber nützlich sein, — dachte sich der Papst. Der polnische Klerus hat schon entsprechende Weisungen bekommen und trat auch schon für die Kommission „Pro Russia“ ein. —

Dasselbe, was der Papst in Rom gemacht hat, haben auch die Bolschewisten in Moskau getan. Im Vatikan war die Kommission „Pro Russia“ tätig gewesen. Der Papst ist ein weiser Mann und er hoffte, daß es ihm gelingt, die Bolschewisten übers Ohr zu hauen. Die Bolschewisten hatten dieselben Absichten gehabt und hofften wieder, den Papst übers Ohr zu hauen. Der Papst wollte mit einer Klappe zwei Fliegen schlagen, indem er seinen Einfluß in Sowjetrußland begründen und den Klerus von den Verfolgungen freimachen wollte. Die Bolschewisten verhandelten wieder mit dem Papst deshalb, weil es ihnen daran gelegen ist, daß sie vom Vatikan offiziell anerkannt werden. So hat man sich gegenseitig „in die Hand“ gearbeitet, um sich gegenseitig zu beschummeln. In der römischen Kommission „Pro Russia“ war ein hoher Konfrater, Daubner, beschäftigt, der eigentlich den Kurier zwischen Rom und Moskau spielte. Daubner galt als ein hoher und vertrauter Gelehrter und hatte deshalb das hohe Amt übernommen, weil er mit den Dingen in Sowjetrußland vertraut war. Nun ist dieser Daubner plötzlich verschwunden, und es stellte sich heraus, daß mit ihm zugleich auch alle wichtigen Dokumente verschwunden sind. Daubner wurde zuletzt in Berlin gesehen, wo er seine Reise nach Sowjetrußland vorbereitete und mit dem Beweismaterial verschwand. Natürlich ist Daubner nach Rußland ausgerissen und hat das ganze Material über die „Aufrichtigkeit“ Roms den Bolschewisten gegenüber, diesen ausgeliefert.

Die Bolschewisten waren schlauer, denn sie haben schon vorher den „Papa“ Papst übers Ohr gehauen. Es ist ihnen das leicht gelungen, denn Daubner war ihnen schon früher dabei behilflich. Sie haben sich mit dem Papst in Verhandlungen eingelassen, sind auf die Vorschläge des Papstes bezw. seiner Kommission „Pro Russia“ eingegangen, und als alles so weit war, stellten sie die Bedingung, daß der Vatikan zuerst Sowjetrußland anerkennen muß, denn so lange das nicht erfolgt, kann von Konzessionen für Rom keine Rede sein. Rom hat die Anerkennung ausgesprochen, und damit war die ganze Verhandlung für die Bolschewisten erledigt. Jetzt machten sie neue Schwierigkeiten, verzögerten die Verhandlungen so lange, bis Daubner alle Dokumente beisammen hatte. Nun hat er sie beisammen, eigentlich haben die Bolschewisten diese Dokumente beisammen.

Die Folgen der Flucht Daubners ließen auch nicht lange auf sich warten. Aus Sowjetrußland wird berichtet, daß die meisten Konfraters in Sowjetrußland von den Bolschewisten verhaftet wurden. Sie sind politisch kompromittiert, was aus den Dokumenten, die Daubner mitbrachte, klar hervorgeht. Natürlich ärgert man sich in Rom über den Flüchtling Daubner und noch mehr über die verschwundenen Dokumente. Man ärgert sich darüber, daß man den Bolschewisten ein so gutes Material ausgeliefert hat, und zwar ohne Gegenseitigkeit. In Rom wird behauptet, daß Daubner schon immer ein bolschewistischer Spion war, der seine große Rolle vorzüglich vorbereitet und sich das Vertrauen erwerben konnte. Ja, mit den Bolschewisten ist schlecht Kirschen zu essen, denn die seifen selbst die schlauen Kardinäle ein.

Der Antrag auf Stillegung der Friedensgrube

Beim Demo ist ein Antrag der Verwaltung der Friedensgrube auf völlige Stillegung des Betriebes eingelaufen. Die Grube soll am 28. Februar stillgelegt werden. 1550 Arbeiter sind auf der Grube beschäftigt.

Italienischer Streik bei d r Firma Transport in Bismarckhütte

Am 28. Januar ist bei der Firma Transport, wegen Vorenthaltung der Löhne, ein italienischer Streik ausgebrochen. Die Firma schuldet den Arbeitern die Löhne für die zwei letzten Monate, Dezember und Januar. An dem Streik sind 76 Arbeiter beteiligt. Der Streik dauert an. 20 Arbeiter (Facharbeiter) beteiligen sich nicht an dem Streik. Die Verwaltung erklärte, daß sie nicht in der Lage ist, vorderhand die Lohngelder zu beschaffen.

Vor einem neuen Hochverratsprozeß Dudek

Das Höchste Gericht in Warschau, hat das Urteil des Kattowitzer Gerichts gegen Schulrat Dudek aufgehoben und das Wiederaufnahmeverfahren angeordnet. Schulrat Dudek wurde bekanntlich wegen angeblichen Verrats militärischer Geheimnisse, von dem Kattowitzer Gericht zu 1½ Jahren Gefängnis und Verlust der Ehrenrechte, für die Dauer von 3 Jahren verurteilt. Das Urteil wurde im Wiederaufnahmeverfahren aufgehoben. Wir werden mithin eine neue Auflage des Dudekprozesses erleben.

26478 Hüttenarbeiter im Industriebezirk

Nach den Berichten des Arbeitgeberverbandes sind im schlesischen Hüttenwesen 26 478 Arbeiter beschäftigt. Im vorigen Jahre wurden 8386 Hüttenarbeiter abgebaut. Wieviel Arbeiter sich von den Belegschaften in Turnusurlaub befinden, wird nicht gesagt.

Abgeordneter Witczak droht mit Konsequenzen!?

Aus den Beratungen der Budgetkommission

In einer der letzten Sitzungen ließ der Wojewode durch seinen Vertreter, Dr. Wierzbianski, der Budgetkommission erklären, daß er sich bei der Regelung der Beamtenbezüge, beziehungsweise der Versetzung in höhere Gehaltsstufen, nach den Normen der Verordnungen und Gesetze halte. die für die Staatsbeamten der ganzen Republik angewendet werden, also faktisch die Autonomie übergehe und die Rechte des Schlesischen Sejms einschränke. Die Budgetkommission hat darum in der letzten Sitzung das Projekt des Wojewodschaftsrats vertagt, der die

Einhaltung der Versetzungen und Gehaltserhöhungen

fordert. Nunmehr ließ der Korfantyklub seinerseits den Wojewoden durch eine Deklaration wissen, daß er nicht den Standpunkt des Wojewoden teilen könne und darum zum Antrag des Wojewodschaftsrats einige Abänderungen einbringe. Der Abg. Sikora, der die Deklaration verlesen hat, bemerkte hierbei, daß die Verhältnisse, bezüglich der Beamtenschaft, noch nicht geregelt sind, daß aber, bis zu dieser endgültigen Regelung, der Schlesische Sejm auf der

strengen Durchführung der Autonomie

bestehe, darum auch zu den verschiedenen Positionen, zwischen den Staatsbeamten und Wojewodschaftsbeamten, eine scharfe Trennung durchführen werde.

Diese neue Situation fand beim Abg. Witczak wenig Gnade, und er protestierte in bekannter Art gegen diese Art Budgetberatungen und drohte an, daß unter diesen Umständen

sein Klub überhaupt nicht mehr an den Beratungen der Kommissionen teilnehmen werde, wenn die Opposition einseitig auf ihren Mehrheitsbeschlüssen bestände.

Trotzdem wurde der Antrag des Wojewodschaftsrates vertagt.

Ueber das Budget der Obersten Kontrollkammer bei der Schlesischen Wojewodschaft, sowie das Budget der Generalprokuratur, Abteilung Kattowitz, referierte Abg. Kowoll, der die Annahme der vorgeschlagenen Positionen empfahl, zumal die Ausgaben durch besondere Gesetze geregelt sind und Zuschläge für Wohnungsentschädigungen vorsehen. Die Anträge wurden im Sinne des Referenten angenommen.

Abg. Sosinski referierte über die Restpositionen des Budgets des Schlesischen Sejms, wobei es bei der Diätenfrage zu unangenehmen Zwischenfällen kam, die vom Abg. Witczak provoziert wurden. Die Sanatoren wollen sich den Arbeitslosen gnädig erweisen und schlagen die

Kürzung der Diäten um 50 Prozent

vor, was von der Mehrheit abgelehnt wird und zwar mit der Motivierung, daß erst einmal die Herabsetzung der Diäten bei den Warschauer Abgeordneten erfolgen soll, wobei die Kürzung selbstverständlich auch die schlesischen Abgeordneten trifft. Im Verlauf der Debatte erhebt Abg. Witczak den Vorwurf, daß es ja den Abgeordneten der Opposition nicht um das Wohl der Bevölkerung gehe, sondern um die Diäten, und darum seien sie gegen die Anträge der Sanatoren. Nachdem der Abg. Sikora die Demagogie dieser Anträge in aller Schärfe zurückwies, begründete Abg. Dr. Glücksmann den

Standpunkt der Sozialisten, die sich nicht gegen eine Kürzung der Diäten wenden, sondern gegen den billigen Haß, der auf den Schlesischen Sejm herabgesetzt werden soll.

Man will den Arbeitslosen etwas schenken, aber nicht etwa dort von Millionen, wie bei der Polizei, bei den Repräsentationen und Gehaltszuschlägen und Subventionen verschiedener Art, sondern nur an den Diäten der Oppositionsabgeordneten. Das ist einfach, denn im Klub der Sanatoren sitzen die verschiedensten Hurtownikis, Notare, Präsidenten und Bürgermeister, dann ist es sehr einfach, auf die 50 Prozent der Diäten zu verzichten. Diese sachlichen Argumente wirkten derartig aufreizend auf den Abg. Witczak, daß er sofort mit grobem Geschütz gegen den Abg. Dr. Glücksmann auffuhr und unter der Adresse des Vorsitzenden, schärfste Zurückweisung forderte, denn sonst müsse der Sanatorenklub auf die Ausführungen des Abg. Dr. Glücksmann

mit anderen realen Mitteln

reagieren. Im Namen der Sanatoren kündigt er Dr. Glücksmann den schärfsten Kampf an, wobei man **vor den energischsten Mitteln nicht zurückschrecken wird.** Der Vorsitzende verwahrte sich gegen einen solchen Ton in der Budgetkommission und verwies den Abg. Kapuszynski darauf, daß sein Klub einen Antrag, auf Abänderung des Statuts, der in Zusammenhang mit den Diäten ständen, noch nicht gestellt hat, Abg. Kapuszynski sich deshalb ganz falscher Argumente bediene. Abg. Dr. Glücksmann erklärt hierauf, daß ihn solche Angriffe und Bedrohungen von Sanacjakreisen nichts mehr Neues sind, zumal steht ja auch der ganze Behördenapparat dem Sanatorenklub zu Reppressalien zur Verfügung.

Damit wurde das Budget des Schlesischen Sejms, im Rahmen der Vorschläge des Wojewodschaftsrats, angenommen.

Nachdem noch die übrigen Referate des Budgets verteilt und eine Reihe von Anträgen dem betreffenden Referenten zugeteilt wurden, ist die Sitzung geschlossen worden. Die nächste Beratung findet am Freitag, nachmittags 4 Uhr, statt.

Zum Explosionsunglück auf Wolfganggrube

3 Verletzte, keine Todesopfer — Gegen 4 Millionen Zloty Schaden

Zu dem schweren Explosionsunglück, das am gestrigen Montag, 8,47 Uhr früh in der Kokerei der Wolfganggrube in Ruda erfolgte, ist nach dem vorliegenden, amtlichen Bericht folgendes zu melden:

Die Explosion, die sich in der Maschinenhalle der Kokerei ereignete, war so gewaltig,

daß die große Halle vollständig zerstört wurde,

desgleichen auch die dort befindlichen Maschinen und elektrischen Motore. Das Dach und die Decke der Maschinenhalle wurden durch den entstandenen Luftdruck herausgerissen. Trotz dieser gewaltigen Explosionskatastrophe sind glücklicherweise keine Todesopfer zu beklagen, während nach den herumschwirrenden Gerüchten gemutmaßt worden ist, daß das Explosionsunglück

eine Anzahl von Toten gefordert habe.

Lediglich 3 Arbeiter sind verletzt worden, welche Verbrühungen und Hautabschürfungen davontrugen. Bei diesen Verletzten handelt es sich 1. um den 29jährigen, verheirateten Theodor Hajder aus Ruda, Ligonia 3; 2. um den 29jährigen, ledigen Anton Podsada, Ruda, Valentinschacht 27, beide von Beruf Maschinisten und 3. die 37jährige, ledige Aufräumerin Martha Pogrzeba aus Paulsdorf, Gorna 18. Letztere erlitt Gesichtsverletzungen durch Glassplitter.

Der Gesamtschaden beträgt nach Angabe der Leitung der Kokerei gegen 4 Millionen Zloty.

Im amtlichen Bericht ist die Rede von einer voraussichtlichen

Betriebsstörung der Kokerei für die Zeitdauer von sechs Monaten.

Während des Explosionsunglücks arbeiteten in der Kokerei 140 Arbeiter, während die Belegschaft 260 Mann aufweist. Die eigentliche Ursache des Unglücks steht noch immer nicht fest, doch wird angenommen, daß die Explosion infolge Schadhaftigkeit der Gaszuleitungsrohre eingetreten ist.

Nach näheren Informationen bei der Werksverwaltung dürfte sich der Arbeitsbetrieb in der Kokerei schon in absehbarer Zeit wenigstens teilweise durchführen lassen. Man geht von der Voraussetzung aus, daß ein Gassauger noch intakt ist und die zunächst erforderlichen Leitungen bald eingebaut werden können. Der Aufbau der Maschinenhalle sowie die Instandsetzung der Maschinen und Motore wird allerdings eine längere Zeit in Anspruch nehmen. Dabei gilt aber zu sagen, daß bei den Notstandsarbeiten usw. eine größere Anzahl Arbeiter Beschäftigung finden wird. y.

Polizeilicher Schutz für Vollstreckungsbeamte

Auf Grund verschiedener Rückfragen hinsichtlich der Art der polizeilichen Hilfeleistung bei Durchführung von Zwangsvollstreckungen, sah sich die Hauptkommandantur der Polizei veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß polizeiliche Assistenz für Vollstreckungsbeamte nicht nur bei tätlichem, sondern auch passivem Widerstand gewährt wird. In diesem Zusammenhang ist noch zu melden, daß sich die maßgebenden polizeilichen Stellen in einer besonderen Eingabe an den Finanzminister wandten. In dieser Eingabe wird der Wunsch ausgesprochen, die Steuer-Vollziehungsbeamten in zweckentsprechender Weise zu belehren, um zu vermeiden, daß polizeiliche Hilfe in nicht notwendigen Fällen angefordert wird. Eine solche Hilfe soll nur in wirklich begründeten Fällen nachgesucht werden und zwar dann, wenn es dem Vollstreckungsbeamten durch Drohungen und Tätlichkeiten zur Unmöglichkeit gemacht wird, die Zwangsvollstreckung durchzuführen. In vielen Fällen dürfte der Hinweis auf die bevorstehenden Strafen genügen, um die betroffenen Personen von Unbesonnenheiten zurückzuhalten, so daß andererseits sich ein polizeiliches Einschreiten dann erübrigt. y.

Nachklänge zur Totschlagsaffäre Panczyk

Bekanntlich wurde auf Grund der belastenden Aussagen des Bauernknechtes Edmund Panczyk, der auf der Chaussee zwischen Zawada und Kreuzendorf, die Frau seines Arbeitgebers, Grabarczyk, in schwerster Weise mißhandelte, um sie zu töten, nunmehr der Ehemann arretiert. Landwirt Grabarczyk wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Bei seinem Verhör bestritt Grabarczyk die Behauptungen des Panczyk und gab an, daß sich gewisse Unstimmigkeiten zwischen ihm und seiner Frau aus dem Grunde ergeben hätten, da letztere den Haushalt und die Kinder vernachlässigte und für längere Zeit über die Grenze nach Ratibor geflüchtet war. Frau Grabarczyk wurde auf Grund eines Meineidsverfahrens zu einem Jahre Gefängnis verurteilt, hatte von dieser Strafe bereits 5 Monate abgebüßt und erhielt dann einen Gefängnisurlaub. Nach erfolgter Freilassung ging die Frau dann über die Grenze, ohne sich weiter um die Familie zu bekümmern. Grabarczyk behauptet, daß es mit den Meinungsverschiedenheiten nicht viel auf sich hatte und stellt energisch in Abrede, den Knecht zum Gattinmord überredet zu haben.

Wie wir erfahren, wird diese Totschlagsaffäre nicht vor dem Standgericht zur Verhandlung kommen, sondern vielmehr die ordentlichen Gerichte beschäftigen. y.

Kattowitz und Umgebung

Herabsetzung der Brotpreise um 2 Groschen. Die städtische Preisprüfungskomission hat bei ihrer letzten Kontrolle in den Geschäften von Groß-Kattowitz nachstehende Verkaufspreise für Artikel des ersten Bedarfs festgestellt: Pro 1 Kilogramm Brot aus 65prozentigem Roggenmehl 0.35 Zloty, Schrotbrot aus 70prozentigem Roggenmehl 0.28 Zloty, ferner pro 1 Kilogramm 45prozentiges Weizenmehl 0.54 Zloty, 65prozentiges Weizenmehl 0.46 Zloty, Gerstengraupe 0.50 Zloty, Reis „Burma“ 0.96 Zloty, Reis „Patna“ 1.40 Zloty, Dessertbutter 3.20 bis 3.40 Zl., Landbutter 2.80 Zloty, Rindfleisch 1. Qualität 1.60 Zloty, Schweinefleisch 1. Sorte 1.80 Zloty, Wurstwaren mittlere Gattung 2 Zloty, Speck 2.00 Zloty, dann Eier (pro Stück) 0.15 Zloty, Vollmilch (pro Liter) 0.26 bis 0.28 Zloty und Semmeln (pro Stück) 0.05 Zloty. Demnach haben sich die Preise pro 1 Kilogramm Brot aus 65prozentigem Roggenmehl, sowie pro 1 Kilogramm Schrotbrot aus 70prozentigem Roggenmehl um je 2 Groschen verringert. Dagegen ist der Preis für 1 Kilogramm Dessertbutter um 20 Groschen gestiegen. y.

Auszahlung der Monatsbeihilfen. Das städtische Arbeitsvermittlungsamt gibt bekannt, daß am Mittwoch, den 1. Februar die Auszahlung der Monatsbeihilfe an die städtischen Arbeitslosen vorgenommen wird. Es haben sich zu melden: Im Rathaus Bogutschütz die Erwerbslosen aus der Altstadt Kattowitz, sowie den Ortsteilen Zawodzie-Bogutschütz Anfangsbuchstaben M—Ż, und im Rathaus Zalenze die Beschäftigungslosen aus den Ortsteilen Brynow-Ligota, Zalenze-Domb und Zalenzerhalde. In Frage kommen Arbeitslose mit den Anfangsbuchstaben A—L. Die Auszahlung findet in der Zeit von 8 bis 12 Uhr vormittags statt. Die Unterstützungsempfänger haben ihre Arbeitslosen-Legitimationskarte mitzubringen. Die übrigen Arbeitslosen haben bereits ihre Unterstützung erhalten. y.

21jähriger junger Mann verübt Selbstmord. In seiner Wohnung auf der ulica Mikołowska 33 in Kattowitz, verübte der 21jährige Lazaj Selbstmord durch Erhängen. Der Tote wurde nach der Leichenhalle des städtischen Spitals überführt. Die Beweggründe zur Tat sind unbekannt. x.

Schwerer Wohnungseinbruch im Stadtinneren. In der Nacht zum Sonntag wurde in die Wohnung des Oskar Szefer, auf der ulica Kochanowskiego 7 in Kattowitz, ein schwerer Einbruch verübt. Die Täter stahlen dort einen Geldbetrag von 800 Zloty, ferner zwei goldene Uhren und zwei goldene Ringe. Einer dieser Ringe war mit weißen Perlen und der zweite mit einem roten wertvollen Stein besetzt. Der Gesamtschaden wird auf rund 1200 Zloty beziffert. Den Einbrechern gelang es, mit der reichen Diebesbeute unerkannt zu entkommen. Vor Ankauf der Wertgegenstände wird, seitens der Polizei gewarnt. Weitere Untersuchungen in dieser Angelegenheit sind im Gange. x.

Büroverlegung im Kattowitzer Landratsamt. Die Büroräume der Personalabteilung wurden mit dem 1. Januar vom Zimmer 14 nach Zimmer 4 der Kattowitzer Starostei verlegt. Ebenso verlegt wurden die Amtsräume der Kriegsinvalidenstelle und zwar von Zimmer 4 nach Zimmer 14. y.

Königshütte und Umgebung

Vertagter Prozeß.

Gestern sollte vor der Königshütter Strafkammer die Fortsetzung des am 20. d. Mts. unterbrochenen Prozeß gegen den früheren Kassierer Ploskon und die Beamtin Kupka in Sachen der Unterschlagungen bei der Kasse des Rudaer Kreisgerichtes in Höhe von 100 000 Zloty stattfinden. Es wurde bekannt gemacht, daß der Termin auf einen unbestimmten Zeitpunkt vertagt worden ist. —k.

Deutsches Theater. Am 2. Februar (Feiertag): Letzte Wiederholung der Operetten „Die 3 Musketiere" um 3,30 Uhr und „Schwarzwaldmädel" um 8 Uhr. Bei der Nachmittagsvorstellung sind die Preise ermäßigt. Vorverkauf von 10 bis 13 und 16,30 bis 18,30 Uhr. Telefon 150. Für die Abonnenten ist jetzt die 3. Rate fällig.

Zusammenstoß. An der ulica Batorego kam es zu einem Zusammenstoß zwischen den Personenwagen Sl. 3162 und Sl. 1185. Beide Fahrzeuge wurden beschädigt, während Personen zum Glück nicht verletzt wurden. Wie die Feststellung ergeben hat, soll der Führer des Sl. 3162 den Zusammenstoß verschuldet haben. k.

„Bruderliebe". In der Wohnung des Emanuel S., an der ulica 3-go Maja, kam es zwischen dem Inhaber und seinem, zum Besuch weilenden Bruder zu einem Streit, der letzten Endes zu einer Schlägerei ausartete. Nachdem mehrere Scheiben in Trümmer gegangen waren, griff der Wohnungsinhaber in der Notwehr zu einem Gegenstand und versetzte seinem Bruder einen Schlag auf den Kopf. Einlieferung in das Krankenhaus mußte erfolgen. Die verständigte Polizei stellte die Ruhe wieder her. k.

Weil er Geld haben wollte. Der Simon Brondel von der ul. 3-go Maja 61, brachte folgenden Vorfall bei der Polizei zur Anzeige: Am vergangenen Sonnabend hatte er die Absicht sich in die Wohnung einer gewissen Skrzypek an der ulica Piastowska 11 zu begeben, um für geleistete Arbeit Geld in Empfang zu nehmen. Plötzlich stürzten aus der Wohnung der K. zwei Hunde auf ihn, die ihn mehrfach gebissen haben. Auf Grund dessen sah er sich gezwungen unverrichteter Sache nach Haus zu begeben. k.

Etwas zu viel des Guten. Es ist immer noch so üblich, daß während der Geschäftsinhaber schläft, der Milchlieferant am frühen Morgen die Milchkannen vor das Geschäft stellt. Ein Unbekannter nutzte diese Gelegenheit aus, indem er die, vor dem Laden der Frau Mazur an der ulica Szpitalna 11 mit 40 Liter Milch stehende Kanne stahl und in unbekannter Richtung verschwunden ist. k.

Siemianowitz

Von einem bissigen Hunde angefallen. Am Sonntag vormittags wurde auf der Michalkowitzer Straße ein etwa 8jähriger Knabe von einem Hunde angefallen, zu Boden geschleudert und arg zugerichtet. Dem Kinde wurden die Sachen zerrissen und verschiedene Bißwunden beigebracht. Die Eltern des Kindes wandten sich zwecks Feststellung des Besitzers des Hundes sowie Schadenersatz an die Polizei. o.

Schaufenster eingeschlagen. Am Sonntag wurde die Schaufensterscheibe des Elite Bazars auf der Beuthenerstraße von unbekannten Tätern zerschlagen. Das Zertrümmern der Scheibe mußte mit voller Absicht geschehen sein, da sich vor dem Fenster ein hohes Schutzgitter befindet und darum ein Versehen nicht vorliegen kann. o.

Myslowitz

Die neue Volksschule wird am 1. Februar eröffnet. Die neue Volksschule in Myslowitz auf der ul. Sienkiewicza wird am ersten Februar d. Js. feierlichst eröffnet. Trotz der Geldkalamität, ist es dem hiesigen Magistrat trotzdem gelungen, einen größeren Teil der Schule fertigzustellen. Es handelt sich um einen Seitenflügel, der 22 Schulklassen faßt und zunächst bis zum weiteren Ausbau des anderen Teils, als Knabenschule bestimmt ist. Dieser feierlichen Eröffnung werden verschiedene Vertreter der Wojewodschaft, des Schulwesens und des Magistrats beiwohnen. —ek.

Privater deutscher Kindergarten in Myslowitz. Es wird hiermit bekanntgegeben, daß Kinder nach dem 3. vollendeten Lebensjahre wieder in den deutschen Kindergarten aufgenommen werden können. Das Schulgeld beträgt 4 Zloty monatlich. Anmeldungen werden jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, von 10 bis 11 Uhr, in der Kanzlei dieser Schule, Feldstraße (ul. Polna), entgegengenommen. —ek.

Schreckschüsse der Sanacja gegen die Kartelle

Die „unartigen Kinder" des polnischen Handelsministers — Wer ist der Geprügelte? — Verdächtigter Kartelleifer der Ministerialbeamten — Versprechungen, die ausgelacht werden

Zwischen dem Handelsminister Zarzycki und dem Sejmabgeordneten Sanojca vom Regierungsblock, hat im Sejm eine erbauliche Unterhaltung stattgefunden. Sanojca lobte den Minister als einen ehrbaren Mann, was schließlich von keiner Seite angezweifelt wurde, sagte ihm aber, daß er der

Vater der Kartelle sei.

Darauf antwortete der Minister, daß er das niemals gesagt hat. Sanojca blieb bei seiner Behauptung und sagte, daß jener der schafft, zugleich als Vater angesehen werden muß. Der Minister bestritt das nicht, sagte aber,

daß die Kinder auch geprügelt werden,

worauf Sanojca erwiderte, daß in diesem Falle der Vater und wir alle von den Kartellen geprügelt werden. Minister Zarzycki verzog ein wenig das Gesicht und versicherte daß er sich nicht prügeln läßt. Ob der Minister von den Kartellen geprügelt wird oder nicht, ist uns gleichgültig, Tatsache ist es, daß die Konsumenten von den Kartellen bereits halbtotgeprügelt wurden und das ist viel schlimmer noch als eine Verprügelung des Handelsministers.

Selbst in den Sanacjakreisen sieht man ein, daß die Kartelle durch ihre „Wirtschaftspolitik" den Staat ruinieren werden. Das hat indirekt der Sejmabgeordnete Tebinka vom Regierungsblock zum Ausdruck gebracht. Dieser Sejmabgeordnete hat zuerst über die Generäle im Kriegsministerium vor dem Maiumsturz gesprochen, die für den Staat sehr ungünstige Abschlüsse über die Belieferung der Armee getätigt haben und kurz darauf in den Aufsichtsräten der Lieferanten auftauchten. Das war allerdings eine Verlegenheitsbemerkung, die Herr Tebinka unbedingt brauchte, um die Tätigkeit einzelner Ministerialbeamten, im Handelsministerium, festzunageln. Nach dieser Einleitung sagte Sejmabgeordneter Tebinka wörtlich folgendes:

„Ich habe nicht die geringste Absicht, dem Herrn Minister irgendwie persönlich nahe zu treten, muß aber sagen, daß damit endlich Schluß gemacht werden muß. Ich bin überzeugt, daß gegenwärtig in der Industrieabteilung des Handelsministeriums ungesunde Zustände herrschen. Im Handelsministerium werden neue Konventionen geschaffen und 2, 3 Tage später, taucht der Autor dieser Konvention als Direktor auf."

Dann verwies der Redner auf ein Gesetz in Frankreich, das allen Ministerialbeamten, die die Industrie von Amtswegen kontrolliert haben, verbietet, in den fünf nächsten Jahren nach Amtsniederlegung, eine Stelle in der Industrie anzunehmen. Ein solches Gesetz wünscht Herr Tebinka auch in Polen.

Herr Minister Zarzycki hat im Sejm gegen die Kartelle geschossen, Herr Sanojca hat gegen die Kartelle geschossen und Herr Tebina hat auch gegen die Kartelle geschossen, aber das waren blinde Schüsse, die niemanden verletzt haben. Daß das blinde Schüsse waren, geht schon aus der späteren Erklärung des Handelsministers Zarzycki, über die Vertrauenspersonen in der schlesischen Schwerindustrie, über die „Lappen", die trotz der Erklärung „Lappen" sind und „Lappen" bleiben werden.

Nach dieser blinden Schießerei im Sejm gegen die Kartelle, hat selbst der Krakauer „Blagierek" Mut geschöpft und bestieg das hohe Roß und schreibt in seiner Sonntagsausgabe an die Adresse des Handelsministeriums folgendes:

„Ist doch dieser Feldzug aussichtslos. Ob die Herrn es nicht verstehen, daß ein jeder Handelsminister, zugleich der künftige Präses, bezw. Direktor einer Kohlenkonvention, bezw. eines Hüttensyndikats, oder eines anderen Kartells oder Konzerns ist und ein jeder höherer Beamte später als Aufsichtsratsmitglied oder als Vorstandsmitglied auftaucht? Diese verborgene Quelle bildet die Hauptmacht der Kartelle."

Diese ziemlich mutige Auslassung wird in demselben Artikel des genannten Blattes ein wenig durch die Behauptung abgeschwächt, daß es früher so gehandhabt wurde. Daß früher die Sache so gehandhabt wurde, stimmt schon. Die Herrn Falter, Kramstück, Glücks und Kiedron haben den Reigen eröffnet. Sie haben vorgemacht und die anderen haben nachgemacht. Man möge sich nur die polnischen „Lappen" in der schlesischen Schwerindustrie näher ansehen und man wird finden, daß diesmal der „Blagierek" die reine Wahrheit ausgesprochen hat. Nur bezüglich der Behauptung, daß die Sache früher so gemacht wurde, sind die Meinungen ein wenig verschieden. Wohl wurde früher es so gemacht, aber wir begegnen einer großen Anzahl Direktoren in der Schwerindustrie, die erst nach dem Maiumsturz auf die Oberfläche kamen und schon sitzen sie mollig in der Schwerindustrie. Schließlich haben wir schon berichtet, daß zwei Herrn aus dem Handelsministerium das Naphthakartell „überwachen" und dafür monatlich je 3000 Zloty Gehalt bekommen. Angeblich liefern sie das Geld im Handelsministerium ab, (??) wenigstens wurde eine solche Behauptung aufgestellt. Das ist zwar sehr schwer anzunehmen, doch sollte das auf Wahrheit beruhen, so taucht die Frage auf.

wieso das Handelsministerium die Naphthakonsumenten monatlich mit 10 000 Zloty extra besteuern läßt,

denn sie sind es, die diese 10 000 Zloty berappen müssen.

An die Versicherungen des Handelsministers, daß er sich durch die Kartelle nicht verprügeln läßt, glaubt nicht einmal der „Blagierek", der sonst päpstlicher ist als der Papst selbst. Er glaubt nicht daran, denn er fordert mit Recht die Auflösung aller Zwangskartelle und Syndikate. Unter dem Vorwand des Exportes, der Handelsbilanz, wurde jeder Industriezweig desorganisiert. Es wird nicht mehr lange dauern und die Kartelle werden den „Beweis" erbringen,

daß es völlig zwecklos ist, im Inlande etwas zu produzieren.

Man kann alles vom Ausland einführen, billig und gut und man hat keine Scherereien mit Lohnfragen und Sozialversicherungen. Das Hefekartell macht es schon so u. führt die Hefe aus Belgien ein. Die stillgelegten Hefefabriken erhalten eine Entschädigung und sind damit zufrieden. Die Konsumenten erhalten die belgische Hefe und müssen damit auch zufrieden sein, denn sie zählen im wirtschaftlichen Leben überhaupt nicht mit. Die Sache wird von Beamten und dem Kartell ausgemacht und das genügt.

Herr Falter arbeitet auch schon in dieser Richtung, denn seine Auffassung, daß die Lizenz für die Kohlengruben nur 600 000 Tonnen für Februar genügt, ist weiter nichts als eine Vernichtung der ganzen Kohlenproduktion im Inlande.

Die Engländer würden uns gerne mit Kohle beliefern, sind auch bereit, auf dem Preisgebiet Konzessionen zu machen. In dieser Richtung entwickeln wir uns eben und dazu führt die Kartellisierung der Industrie in Polen. Man muß sich wundern, daß im Handelsministerium die Folgen einer solchen „Wirtschaftspolitik" nicht übersehen werden. Sie werden sich nicht nur an den Konsumenten, sondern an dem Staate rächen und dennoch wird von der Fortsetzung dieser Wirtschaft und sogar von Gründung neuer Zwangskontrolle gesprochen.

Verbesserung der Stadioneisbahn. Von seiten der Stadiongesellschaft wird dieser Tage die Stadioneisbahn einer besonderen Verbesserung unterzogen. Dadurch wird den vielen Anhängern des Stadion eine große Freude bereitet. —ek.

Schoppinitz. (Meldebüro für Ausländer.) Das Schoppinitzer Meldebüro für Ausländer gibt bekannt, daß An- und Abmeldungen in der Zeit von 10 bis 11 Uhr im Zimmer Nr. 12 des Rathauses entgegengenommen werden. Es ist unbedingt notwendig, daß bei Ablauf eines Visums rechtzeitig die Neuanmeldung erfolgen muß, um einer Bestrafung aus dem Wege zu gehen. Auch andere Meldevorschriften sind pünktlich und genau zu befolgen. Jede nähere Auskunft wird kostenlos im Meldebüro erteilt. —ek.

Janow. (Signalleitung zerstört.) Erst kürzlich berichteten wir über die Zerstörung einer Signalleitung bei Schoppinitz, wo es bis zur Zeit nicht gelang, den Tätern auf die Spur zu kommen. Eine neue Signalzerstörung wird bei Janow gemeldet, wo ungefähr 80 Meter von der Eisenbahnbrücke entfernt, der Signaldraht durchschnitten wurde. Die Folge davon war, eine längere Zugverspätung, um einen Zusammenstoß von Zügen zu vermeiden. Da es bereits der zweite Fall ist, vermutet man, daß eine Bande einen Zugattentat an dieser gefährlichen Stelle geplant hat. Von seiten der Polizei sind sofort strenge Untersuchungen eingeleitet worden. —ek.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Bismarckhütte. (Turnusunterbrechung.) Die seit dem 1. Januar 1933 in Turnus weilenden Arbeiter des Feinblechwalzwerks der Bismarckhütte, wurden durch die Betriebsleitung aufgefordert, ihren Turnus zu unterbrechen und zwecks Arbeitsaufnahme sich im Meldebüro zu stellen. Die Abberufung ist auf einen eingegangenen Auftrag zurückzuführen, welcher 2 bis 3 Monate Arbeitsmöglichkeit bietet. Am 6. Februar wird demzufolge die Arbeit voll aufgenommen und zwar in allen drei Schichten, so daß die Arbeiter wieder einmal für kurze Zeit erleichtert aufatmen können. Desgleichen kehrt ein Teil der Belegschaft des Gußstahlwerks vom Turnus zurück, welche bereits am Montag die Arbeit aufgenommen haben. Dagegen schicken Maschinen- und elektrischer Betrieb und Bauabteilung, einen Teil ihrer Belegschaft in Turnus. Daraus ersieht man die Taktik der Arbeitgeber. Ist der eine Betrieb gezwungen, seine Arbeiter anzufordern, so muß der andere gleich Leute aufs Pflaster werfen, aber es muß doch auf alle Fälle der Beweis erbracht werden, daß nicht für alle Arbeiter Beschäftigung vorhanden ist. Auch Grobstrecke und Rohrwerk haben momentan kleinere Aufträge auszuführen, so daß dieser Monat einen kleinen Lichtblick gestattet. Aber wie lange?

—s.

Pleß und Umgebung

Nikolai. (Generalversammlung der D. S. A. P.) In der nur mäßig besuchten Mitgliederversammlung, welche zugleich auch die Vorstandswahlen vornahm, erstattete zunächst Genosse Bluszcz den Geschäftsbericht, der von einer regen Tätigkeit der Ortsgruppe Zeugnis ablegte. Gleich Eingangs betonte Genosse Bluszcz, daß zwar die Mitglieder viele Wünsche an die Parteileitung haben, aber auch Kritiken, ohne die Gelegenheit zu nehmen, sie auch offen und frei in der Versammlung anzubringen. Nach dem Kassenbericht durch den Genossen Ratka forderte Genosse Schweda als Revisor die Entlastung des Vorstandes, nachdem vorher zum Geschäftsbericht die Gen. Kowoll und Graca verschiedene agitatorische Ratschläge für die kommende Parteiarbeit gaben. Der alte Vorstand wurde bis auf den neuen Schriftführer wiedergewählt, worauf Gen. Sejmabgeordneter Kowoll sein Referat über den sozialistischen Aufbau hielt. Redner umriß die internationalen Bestrebungen der Reaktion, schilderte ausführlich die Vorgänge des wirtschaftlichen Niedergangs in Oberschlesien und die Unfähigkeit des polnischen Diktaturregimes aus der Krise herauszukommen, obgleich die Regierung einen „Silberstreifen" ankündigt und besagt, daß der Höhepunkt der Krise bereits überschritten sei. Nur der sozialistische Aufbau könne der Menschheit die Befreiung bringen und daß der Staat solche Aufbauarbeiten vollziehen könne, ohne den Privatkapitalismus zu benötigen, dafür sei Rußland ein Zeugnis, obgleich wir durchaus wissen, daß sich das russische Aufbauwerk nicht einfach auf Polen oder Deutschland übertragen lasse. In Deutschland ist jetzt die letzte Entscheidung zwischen Reaktion oder besser gesagt, der Konterrevolution und der Arbeiterschaft gefallen. Es unterliege keinem Zweifel, daß die Arbeiterklasse aus diesem Kampf als Sieger hervorgehen werde und dann erst komme durch die deutsch-französische Ausdehnung ein neuer Morgen des sozialistischen Aufbaus. Bis dahin heißt es für die Arbeiter auszuhalten und ihre Organisation so auszubauen, daß sie am Tage der Machtübernahme sicher sind, daß sie den Sozialismus einführen werden. In der Diskussion sprachen die Genossen Schweda und Graca, worauf Gen. Ratka zum Delegierten zur Bezirkskonferenz gewählt wurde. Nach Einbringung verschiedener Anträge schloß Gen. Bluszcz mit Freundschaftsgrüßen die Versammlung.

Besuchet die Werbefeier der Reudorfer Arbeiterjugend

am Donnerstag, den 2. Februar, nachmittags 5 Uhr, bei Orecki!

Bielitz, Biala und Umgegend

Bielitz und Umgebung

Die Forderung nach einem Sammelvertrag in der Textilindustrie.

Das Schreiben des Klassenverbandes der Textilarbeiter an die Unternehmerverbände.

Das Schreiben der Hauptverwaltung des Verbandes der Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilindustrie Polens (Klassenverband) an die Verbände der Textilindustrie Polens, das gestern an die Unternehmerverbände in Lodz, Bielitz-Biala und Bialystok sowie an den Hauptarbeitsinspektor Klott-Warschau und den Lodzer Bezirksarbeitsinspektor Wojtkiewicz abgegangen ist, hat nachstehenden Wortlaut:

Lodz, den 27. Januar 1933.

An
den Verband der Textilindustriellen in Polen
hier.

Unter Bezugnahme auf den Beschluß der Hauptverwaltung des Verbandes vom 8. Dezember 1932 erneuern wir hiermit unsere dem Arbeitsinspektor des 3. Bezirks, Lodz, am 24. Mai 1932 zugesandte Forderung betreffs Abschluß eines die gesamte Textilindustrie umfassenden Sammelabkommens auf Grund der Bedingungen des Vertrages vom 22. Oktober 1928.

Gleichzeitig erlauben wir uns zu unterstreichen, daß nach der Kündigung des Sammelvertrages von maßgebenden Stellen (Regierung und Industriellen) erklärt worden war, daß weder eine Herabsetzung der Arbeiterlöhne noch eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen erfolgen werde. Entgegen diesen Erklärungen führen die Industriellen trotz der Abwehrversuche der Arbeiter ständig Lohnkürzungen durch, was die grenzenlose Ausbeutung der Textilarbeiter noch vergrößert und auf schreckliche Art auf ihre materielle Lage einwirkt. Das Fehlen eines die Arbeits- und Lohnbedingungen normierenden Sammelvertrages führt zur Anarchie in der ganzen Textilindustrie, denn wie bekannt sein dürfte, wurden die Sammelabkommen von allen Unternehmerorganisationen der Bezirke: Lodz, Bialystok und Bielsko-Biala gekündigt.

Wie aus Obigem hervorgeht, war unsere Forderung nach Abschluß eines neuen Abkommens begründet, denn der vertragslose Zeitabschnitt zeigte deutlich gnug, zu welch einer katastrophalen Lage es in bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie gekommen ist.

Diesen Umstand in Betracht ziehend, wenden wir uns an Sie mit dem Verlangen nach Einberufung einer gemeinsamen Konferenz zum Zwecke der Besprechung unserer Forderungen.

Sekretär i. V.: (—) A. Walczak.
Der Vorsitzende: (—) A. Szczerkowski.

Unglücksfall. Am Sonntag, den 29. d. Mts. erlitt der 28jährige Soldat Jedenak Franz vom 3. Inf.-Regt. beim Skilaufen am Baumgärtel eine Verrenkung des linken Fußes. Derselbe wurde ins Bielitzer Spital überführt.

Zimmerbrand. Am 27. Januar brach in der Wohnung der Anna Walloschek im Hause des Josef Feruga in Ernsdorf ein Brand aus, welcher die Zimmereinrichtung, Bettzeug usw. vernichtete. Der angerichtete Schaden beträgt 500 Zloty. Der Hauseigentümer erleidet einen Schaden von 400 Zloty. Der Brand entstand aus Unvorsichtigkeit der Inwohnerin, weil sie im Küchenherd das Feuer ohne Aufsicht ließ, als sie sich aus dem Hause entfernte.

Gefaßter Einbrecher. Durch die Polizei wurde festgestellt, daß der versuchte Kasseneinbruch im Büro der Baufirma Franz Draszczik in Bielitz von dem 24jährigen Emil Rembiera aus Babice, Bezirk Biala, verübt wurde. Derselbe ist wegen Diebstahl und Kasseneinbrüchen vorbestraft und hat keinen ständigen Wohnsitz. Es wird noch bemerkt, daß damals als Rembiera den Einbruch in die feuersichere Kasse des Draszczik unternahm, sich in derselben über 6000 Zloty befanden.

Achtung, Wohltätigkeits-Vorstellung. Der Elternrat der deutschen öffentlichen Schulen in Biala ladet hiermit alle Freunde und Gönner unserer Anstalt zu der am 12. Februar l. J., um Punkt ½7 Uhr abends, im Stadttheater in Bielitz zur Aufführung gelangenden Operette „Die Schützenliesel" höflichst ein und bittet, sich diesen Abend bestimmt frei zu halten. Alles Nähere in den nächsten Blättern. Der Vorstand.

Brandkatastrophe in Detmold fordert drei Tote

Unsere Aufnahme zeigt die Ruine des Hotels „Zur Traube" in Detmold, das durch ein Großfeuer vollständig ausbrannte. Drei Bewohner, die sich vor den Flammen nicht mehr retten konnten, verbrannten.

Versammlung der Gemeindevorsteher Teschner Schlesiens

Am Samstag, den 28. Januar, tagte in Skotschau, im Hotel „Zum weißen Roß" eine Versammlung der Gemeindevorsteher Teschner-Schlesiens, welche einen guten Besuch aufwies. Zu dieser Versammlung waren auch sämtliche Abgeordnete des Schlesischen Sejms aller Parteischattierungen Teschner-Schlesiens eingeladen. Der Einladung haben sechs Abgeordnete Folge geleistet. Von der sozialistischen Partei war Abg. Genosse Machej erschienen. Gegenstand der Beratungen bildete die dem Schlesischen Sejm vorliegende Novelle über die Kommunalfinanzen. Durch die langwierige Krise sind die Einnahmen der Gemeinden derart zusammengeschrumpft, daß die den Gemeindeverwaltungen zur Verfügung stehenden Geldmittel in gar keinem Verhältnis zu den von den Gemeinden zu erfüllenden Aufgaben stehen. Obendrein wird seitens der Wojewodschaft noch angekündigt, daß die ohnehin unzureichenden Einnahmen noch eine weitere Kürzung erfahren sollen.

Aus diesem Grunde hat der Verband der Gemeindevorsteher des Bielitzer Bezirkes beschlossen, die Gemeindevorsteher des Teschner sowie des Bielitzer Bezirkes zu einer Versammlung einzuberufen, um in dieser Angelegenheit über die vorzunehmenden Schritte zu beraten. Sollten die Gemeinden unter diesen Umständen nicht einen vollständigen finanziellen Zusammenbruch erleiden, so dürften die Einnahmen nicht gekürzt, vielmehr müßten sie durch Zuwendungen erhöht werden. Das Referat zu diesem Punkt der Tagesordnung erstattete der Bürgermeister von Czechowitz, Gen. Zieleznik. Der Redner wies an der Hand eines reichen Ziffernmaterials nach, daß die Einnahmen der Gemeinden der verschiedenen Positionen um 40 bis 60 Prozent zusammengeschrumpft sind. Dagegen steigen manche Ausgabeposten, wie z. B. die Unterstützungen an Arme und Arbeitslose. Von irgendwelchen Investitionen oder dringenden Arbeiten kann bei dieser Sachlage gar keine Rede sein. Am schlimmsten sind jene Gemeinden dran, welche Schulen oder sonstige notwendigen Bauten aufführen mußten. Die gegenwärtigen Einnahmen müssen solche Gemeinden für die Verzinsung und Amortisation der aufgenommenen Darlehen verwenden, so daß ihnen für die übrigen Bedürfnisse faktisch kein Groschen bleibt. Solche Zustände sind unhaltbar, und es muß daher an eine Erhöhung der Einnahmen gedacht werden. Da aber die Bevölkerung mit Steuern ohnehin schwer belastet ist, muß das Geld dort geholt werden, wo es noch zu finden ist. Von allen Steuern ist die progressiv ansteigende Einkommensteuer die gerechteste, da sie jene Bürger trifft, die noch ein Einkommen haben. Der Redner schlägt daher vor, daß den Gemeinden das Recht eingeräumt wird, Zuschläge zu der Einkommensteuer einzuheben. Da die Gemeinden Oberschlesiens dieses Recht schon haben, ersucht der Referent die anwesenden Abgeordneten im Schlesischen Sejm dahin zu wirken, daß die Wirksamkeit dieses Gesetzes auch auf Teschner Schlesien ausgedehnt wird. Ferner schlägt der Referent vor, daß das in Oberschlesien geltende Arbeitsvermittlungsgesetz ebenfalls in Teschner Schlesien Anwendung finden möchte, damit die freien Arbeitsplätze in Teschner Schlesien zunächst an die ortsansässigen Arbeitslosen vermittelt werden. Dadurch würden auch den Gemeinden die Spitalskosten erspart werden, welche sie in Erkrankungsfällen der auswärtigen Arbeiterschaft zu zahlen gezwungen sind. Diese Kosten treffen manche Gemeinden recht empfindlich. Es wäre aber auch notwendig, daß das in Oberschlesien geltende Gesetz über die Altersversorgung ebenfalls Gültigkeit in Teschner Schlesien erlangen würde, denn dadurch würden die Gemeinden ebenfalls bedeutend entlastet werden. Ferner wäre es wünschenswert, daß die Gebäudesteuer, welche von manchen Gemeinden bereits eingehoben wird, obligatorisch eingeführt werden möchte. Die Durchführung dieser Vorschläge würde zwar keine vollständige Gesundung, wohl aber eine bedeutende Besserung der Gemeindefinanzen bringen. Der Redner bittet nochmals die anwesenden schlesischen Abgeordneten, sich für diese Postulate im Schlesischen Sejm einzusetzen.

In der darauf folgenden Diskussion ergreift als erster Redner der Abg. Pobozny das Wort, der in seinen Ausführungen bemerkt, daß zunächst das steuerfreie Existenzminimum erhöht werden müßte. Wenn heute ein monatliches Einkommen von 125 Zloty mit 60 Zloty jährlicher Einkommensteuer belastet wird, so ist dies entschieden zu hoch, wenn man berücksichtigt, daß ein Einkommen von 88 000 nur mit 400 Zloty besteuert wird. Die steuerfreie Grenze muß bei den kleinen Einkommen unbedingt erhöht werden. Dagegen muß der Prozentsatz bei der Steuerleistung der großen Einkommen bedeutend erhöht werden. Ferner schlägt der Redner vor, daß die Prozente für Schulden der Gemeinde herabgesetzt und die exekutiven Eintreibungen eingestellt werden. Für die Zuschläge zur Einkommensteuer will der Abgeordnete Pobozny nicht eintreten.

Abgeordneter Gen. Machej erklärt dagegen, daß die Zuschläge zur Einkommensteuer vollkommen berechtigt sind, da diese Steuer nur die wirtschaftlich Starken treffen würde. Wer soll denn besteuert werden, wenn nicht diese Bürger, die ein schönes Einkommen haben. Die Arbeitslosen, die ohne jedes Einkommen dastehen, müssen dennoch die indirekten Steuern bezahlen, die auf Lebensmittel lasten. Der Redner zieht Vergleiche mit den Einnahmen der oberschlesischen Gemeinden, die sich bedeutend höher stellen, wie hier in Teschen Schlesien. Die Bürgermeister aus den oberschlesischen Gemeinden beziehen ein höheres Monatsgehalt, als die kleinste Gemeinde Teschner Schlesiens an Jahreseinnahmen aufweist. Der Redner ist für die Annahme der vom Referenten Genossen Zieleznik vorgeschlagenen Postulate. Ein weiterer Abgeordneter schlägt die Herabsetzung des Zinsfußes für Darlehen vor. Die Aktienbesitzer der Bank Polski erhielten bis vor kurzem 16 Prozent per Aktie. Angeblich sollen die Prozente auf die Hälfte herabgesetzt werden. Es wurde von einigen Diskussionsrednern bemerkt, daß die Herabsetzung des Zinsfußes keinen Wert hätte, da die Geldinstitute in Polen ohnehin leere Kassen haben. Auf das Auslandskapital hätte dies keinen Einfluß, denn für die Wojewodschaftsanleihe, welche bei amerikanischen Banken gemacht wurde, beträgt der Zinsfuß fast 10 Prozent. Ein Diskussionsredner hob hervor, daß ein Kenner der Wirtschaftsverhältnisse in Polen die Behauptung aufgestellt hat, daß bei vermögenden Leuten in Polen das hohe Kapital von fast 50 Millionen Dollar tot liegt. Es wird nicht zinsbringend angelegt wegen dem mangelnden Vertrauen zu den Geldinstituten. Wenn dieses Geld dem Wirtschaftsleben zugeführt werden möchte, könnte ein wirtschaftlicher Aufschwung sofort eintreten. Von einigen Gemeindevorstehern wurde bemängelt, daß die Gemeinden für Lehrerwohnungen keine Miete erhalten. Diejenigen Lehrer, welchen die Gemeinde Wohnungen beistellt, erhalten keine Wohnungspauschale. Die Erhaltung und Renovierung dieser Wohnungen belasten ebenfalls die Gemeinden. Es wurde der Vorschlag gemacht, daß ein Vertreter des Teschner und einer aus dem Bielitzer Bezirk nach Kattowitz zu entsenden sind, die mit den Abgeordneten bei den Kommissionsberatungen über die Novelle zur Lage der Kommunalfinanzen für die vorgebrachten Vorschläge eintreten sollen. — Nach dreistündiger Dauer wurde die Versammlung geschlossen.

Diese Versammlung lieferte viel interessantes Material zutage, was in einem Zeitungsartikel nicht zusammengefaßt werden kann. Es wäre nur zu wünschen, daß solche Tagungen öfters stattfinden würden. Dabei müßten aber die Referenten sich etwas kürzer fassen, damit auch den Teilnehmern mehr Möglichkeit geboten wird, ihre Wünsche und Beschwerden zum Ausdruck zu bringen. Bei einem gemeinsamen Vorgehen könnten viele Uebelstände beseitigt werden.

Diebstahl. Am 15. Dezember 1932, stahl ein unbekannter Täter, ein vor dem Geschäftslokal am Ring in Schwarzwasser stehendes Fahrrad, welches Eigentum des Georg Skorupka aus Schwarzwasser war. Der Schaden beträgt 150 Zloty. — Am 29. Januar stahl das Dienstmädchen Rosalie Wojcik aus Kenty ihrer Kollegin Berdziak einen Koffer mit Kleidern, welchen die Letztere der W. zum Aufbewahren übergeben hatte. Der Schaden beträgt 35 Zloty.

Alexanderfeld. Generalversammlung der Jugendlichen.) Am Sonntag, den 29. d. Mts. fand um 3 Uhr nachmittags im Alexanderfelder Arbeiterheim die diesjährige Generalversammlung des Vereines der Jugendlichen Arbeiter von Alexanderfeld statt, die einen guten Besuch aufwies. Der Obmann Gen. Herma eröffnete dieselbe, indem er die erschienenen Gäste und Delegationen der einzelnen Vereine, sowie die Vertreter der Partei begrüßte und die statutenmäßige Tagesordnung bekanntgab. Nach Verlesung des Protokolls überbrachten die erschienenen Vertreter der Partei, sowie der einzelnen Jugendorganisationen die Grüße und Glückwünsche zu gedeihlicher Weiterarbeit. Nun wurden die Berichte der einzelnen Vereinsfunktionäre von denselben verlesen, die ein reichhaltiges Bild der Tätigkeit des Vereines auf allen Gebieten boten. Trotz der schweren Krise, welche die Jugendlichen sehr empfindlich zu spüren bekommen, hat sich der Verein der Jugendlichen Arbeiter in Alexanderfeld wacker gehalten. Wir wollen hoffen, daß er sich auch in der Zukunft tapfer behaupten wird. Die Neuwahlen gingen ziemlich glatt vonstatten. Nach den Neuwahlen erteilt der Obmann dem erschienenen Genossen Dr. Traubner das Wort, der ein vorzügliches Referat über die Aufgaben der Jugendorganisation hielt. In leichtverständlicher Weise schilderte der Redner die Entwicklung der Produktion von den ersten Anfängen bis zur heutigen Vollkommenheit. Die frühere Handarbeit ist gänzlich verschwunden und die Maschine ist jetzt der Hauptfaktor im Produktionsprozeß, wo der Mensch nur wenige Griffe an der Maschine zu machen hat. Der Einzelmensch wird immer mehr ausgeschaltet und kommt nicht nur im Produktionsprozeß, sondern im gesellschaftlichen Leben nicht zur Bedeutung. Deshalb ist es auch die Pflicht der arbeitenden Bevölkerung, in Verfolgung ihrer Ziele, stets sich mit den Klassen- und Berufsgenossen enge zusammen zu schließen. Nur mit vereinigten Kräften können wir die uns gestellten Aufgaben erfüllen. Lebhafter Beifall folgte den trefflichen Ausführungen. Nach Erledigung anderer Vereinsangelegenheiten wurde die Versammlung durch Absingen des Arbeiterliedes geschlossen.

„Wo die Pflicht ruft!"

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens, Bezirk Bielitz.

Donnerstag, den 2. Februar, findet punkt 10 Uhr vormittags, in der Redaktion der Volksstimme, eine

Bezirks-Vorstandssitzung

mit folgender Tagesordnung statt: 1. Protokollverlesung, 2. Organisationsfragen, 3. Presseangelegenheiten, 4. Allfälliges.

Sämtliche Bezirksvorstandsmitglieder werden ersucht, vollzählig und pünktlich zu erscheinen. Die Bezirksexekutive.

T. V. die „Naturfreunde" Bielsko. Mittwoch, den 1. Februar 1933 findet in der Restauration „Tivoli", um 7 Uhr abends, eine wichtige Vorstandssitzung statt, wozu um vollzähliges und pünktliches Erscheinen ersucht wird. Der Obmann.

A.-G.-V. „Eintracht" Nikelsdorf. (Generalversammlung.) Donnerstag, den 2. Februar (Mariä Lichtmeß), findet um 9 Uhr vormittags bei Herrn Genser, die diesjährige Generalversammlung statt. Alle ausübenden sowie unterstützenden Mitglieder werden eingeladen und ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Der Obmann.

Ludwig Keszler

Spezialhandlung bester Strick- und Wirkwaren
Bielsko, Zamkowa 2.
Wollene Kinderhalbstrümpfe in schönen Dessins zu halben Preisen.

Ein Rivale der Hohenzollern

Zum 200. Todestag Augusts des Starken

Wenn dank einer anderen geschichtlichen Entwicklung die Wettiner im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert die Rolle gespielt hätten, die in Wahrheit die Hohenzollern spielten, ein Fürst wie Friedrich August I. von Sachsen, mit dem Beinamen „der Starke", wäre in allen deutschen Schullesebüchern als Ausbund erhabener Herrschertugenden gefeiert worden. Aber die sächsische Dynastie geriet historisch ins Hintertreffen und stand zweimal auf der „falschen" Seite, in der Rheinbundzeit hinter Napoleon, 1866 bei den Habsburgern, und da die Geschichte der Besiegten immer noch von den Siegern geschrieben wird, kam jener Wettiner, **der am 1. Februar 1733 dreiundsechzigjährig zu Warschau starb, sehr schlecht weg.** Zwar wurde um die Mitte des vor. Jahrhunderts sogar der kühne Versucht gemacht, seinen Uebertritt zum Katholizismus, ohne den sich seinem sächsischen Kurhut nimmer die polnische Königskrone gesellt hätte, auf innere Ueberzeugung zurückzuführen, und immer wieder wagt sich ab und zu eine „Ehrenrettung" des Vielgeschmähten ans Tageslicht, aber das Konzert der Urteile über ihn beherrscht doch der Generalbaß der preußischen Verdammung: ein verschwenderischer, pflichtvergessener, sein Volk aussaugender Monarch!

In der Tat verwandelt sich Friedrich August, der in der Blüte seines Specks 260 Pfund wog und so ausgesprochen sächselte wie sein von Hans Reimann verewigter Nachfahr, auch vor wohlwollenden Blicken in keine Lichtgestalt. Die Millionen warf er mit vollen Händen zum Fenster hinaus, schwelgte in Luxus und Lustbarkeiten, bewährte sich mit der stattlichen Reihe seiner Kebsen als überzeugten Verächter der Einehe, war oft einem guten Trunk mehr gewogen als langweiligen Regierungsgeschäften, und was die Aussaugung seines Volkes angeht, gehörte schon die ganze lakaienhafte Unterwürfigkeit des damaligen Bürgertums dazu, wenn 1727 bei einem Besuch des Angestammten in Leipzig ein Carmen ihn also lobpries:

Ein andrer preßt sein Land, beraubt den Untertan,
Nimmt Wolle nicht allein, läßt auch das Fell durch-
[schneiden,
Da muß der Bürger Not, der Bauer Hunger leiden,
Da sieht das Volk sein Haupt mit blut'gen Tränen an.
Wir wissen nichts von diesem Mordgesellen,
Die Untertanen sind hier selbst des Königs Schätze.

Die 1700 eingeführte General-Konsumtions-Akzise trieb die Lebensmittelpreise um ein Drittel hinauf, die 28 Quatember von 1704, die Kopf-, Rang- und Vermögenssteuer von 1705, die Belastung der Gewerbe, die Gehaltskürzungen der Beamten waren auch kein Kinderspiel, und nicht mit Unrecht tut Treitschke dar, wie die armen Weber und Spitzenklöppler des Erzgebirges zugunsten der Mätressenwirtschaft und Prunksucht ihres Landesherrn bis aufs Blut ausgesogen wurden.

Aber so sehr seine Persönlichkeit individuelle Züge aufwies, so sehr war Friedrich August I. von Sachsen eine typische Erscheinung: wie Friedrich Wilhelm I. von Preußen, der in vielem wie sein Gegenpol wirkt, der klassische Vertreter des fürstlichen Absolutismus, dessen historische Aufgabe die Bändigung der Feudalanarchie und die Begründung des modernen zentralistischen Staates war. 1704 gab der sächsische Kammerherr v. Wolfframsdorf unter dem Titel „Porträt des Hofes von Polen" eine Art Programm dieses fürstlichen Absolutismus heraus; er empfahl, die Macht des eingesessenen schmarotzenden Adels zu brechen, die Mitregierung der Stände auszuschalten, für eine unbestechliche Justiz und eine saubere Beamtenschaft zu sorgen, Duldsamkeit in Glaubensdingen zu verkünden, Fabriken zu fördern und was immer sich auf der gleichen Linie hielt. Soweit es an ihm lag, war der ehrgeizige junge Kurfürst durchaus bereit, diese Ratschläge zu befolgen, aber seine Versuche, auf Kosten der Stände sein Selbstherrschertum zu errichten, stießen auf den erbittertsten Widerstand der Junker. 1718 trachteten sich die Stände gar durch Einsetzung einer Landschaftsdeputation in Permanenz zu erklären und warben um die Unterstützung des Corpus Evangelicorum, der evangelischen Reichsstände, gegen die eigene Dynastie; „alles", vermeldete ein zeitgenössischer Bericht, „konspirierte auf eine Revolution hin". So hatte es schon 1697 gegen den neuen Herrn gegärt als er eine Generalrevision der gesamten Verwaltung durch den früheren Kammerpräsidenten v. Hoym anordnete. Damals klebte am Dresdner Rathaus die unverhüllte Aufforderung zur Revolte:

„Auf, Ihr Bürger, wie auch Handwercks Gesellen und Lehrjungen und alles, was man den Pöbel nennt, zerreißet den verfluchten Geheymbten rath Frey-Herrn von Höm, den Er hat rath gegeben mit unerträglichen Lasten zu beschweren. Ehe wird den Leuthen nicht besser, als das man solche räthe allezeith anfället und zu Todt schlägt auff dem Land oder in Städten, und der gantz Pöbel soll vor einen Mann stehen."

Aber dieser Aufruf stammte nicht, wie es scheinen könnte, aus der Schicht der Unterdrückten, der Handwerksgesellen, des „Pöbels" oder Proletariats, sondern aus dem kleinen Kreis der Privilegierten, die von der Generalrevision das Ende der von ihnen seit Jahrzehnten ausgeübten Mißbräuche befürchteten. Gegen diese Adelsclique hatte August der Starke bis an den Schluß seiner Tage den Kampf zu führen; noch seinen Sohn ermahnte er, die einheimische Aristokratie zu ducken und um ihren Landbesitz zu bringen.

Wenn sich der fürstliche Absolutismus außer auf eine geschulte Bürokratie auf ein disziplinirtes Heer stützte, wetteiferte der Wettiner auch auf diesem Felde mit den Hohenzollern. Vermehrung, Neugliederung, Umformung der Armee lagen ihm um so mehr am Herzen, als er sie für seine ausschweifenden außenpolitischen Pläne brauchte. Kann auch nur die vollkommene historische Einsichtslosigkeit seiner Politik deutsche Beweggründe unterschieben, da sie wie die all seiner gekrönten Zeitgenossen einzig vom dynastischen Interesse geleitet wurde, so träumte er doch davon, die Wettiner Hausmacht auf feste Quadern zu gründen. Daß er 1697 seine Wahl zum König von Polen durchsetzte, sollte ihm zu einer Machtpolitik größten Stils die Tür öffnen. 1699 unterhandelte er mit Ludwig XIV. von Frankreich über ein Bündnis gegen die Habsburger, das den Zweck hatte, ihn selber zum Herrn von Mittel-Europa, vielleicht zum deutschen Kaiser zu machen; „eine Um- und Neugestaltung der Landkarte von gewaltigen Dimensionen", urteilt ein neuerer Biograph Augusts des Starken, Paul Haake, über diese Pläne, „von schlechthin revolutionärem Charakter! Des Großen Kurfürsten Aspiration 1668 bei einer künftigen Aufteilung der habsburgischen Monarchie, Friedrichs des Großen Eroberung Schlesiens 1740 erscheinen dagegen fast winzig, zahm, wie matte Surrogate". Als dieses Unternehmen im Entwurf stecken blieb, verbündete sich der Kurfürst-König mit dem Russenzaren Peter I. gegen Schweden, um durch die Einverleibung Livlands den Grund zu einer nordischen Großmacht unter dem Szepter der Wettiner zu legen, aber dieser Krieg endete katastrophal mit der ein Jahr währenden Besetzung Sachsens durch die Soldaten Karls XII.

Wenn dem Wettiner nicht glückte, was nicht viel später einem Hohenzollern gelang, so gewiß nicht, weil Friedrich II. von Preußen den sächsischen Friedrich August an geistigen und sittlichen Eigenschaften turmhoch überragt hätte. Vielmehr trug die andere Lage Sachsens die Schuld; vor allem erwies sich Polen weit mehr als Quell der Schwäche denn der Stärke. Dann aber war Sachsen trotz allem wirtschaftlich und kulturell zu entwickelt, um so unbedingt zur Kaserne und zum Exerzierplatz zu veröden wie jenes Preußen, das als „des Heiligen Römischen Reiches Streusandbüchse" verspottet wurde. Hatte in Berlin die Barbarei ihre Stätte, so in Dresden die Bildung. So erleuchtete Geister dieser Zeit wie Leibniz, Pufendorf und Thomasius waren geborene Sachsen, und ein Winckelmann flüchtete entsetzt aus dem Preußen, in dem noch immer der Krückstock Friedrich Wilhelms I. auf dem Rücken der Untertanen tanzte, in das Sachsen, in dem noch die von Kommißmuff freie Ueberlieferung Augusts des Starken lebte. Mochte es auch geschehen, um seinem Selbstherrschertum einen schimmernden Rahmen zu schaffen, so tat dieser Fürst doch viel, um Dresden zu einer Stätte verfeinerter Gesittung, zu einem „deutschen Florenz" zu machen; seine Bauten und seine Kunstsammlungen sprechen noch heute beredt von seinem sinnenfreudigen Mäzenatentum. Sicher war es naiv, wenn die Untertanen den Glanz dieses vergoldeten Barock anstaunten, weil er das ihnen abgezapfte Geld „roulieren" lasse, das war: unter die Leute bringe, aber ebenso sicher steckt das Wesentliche dessen, was auf der Plusseite Augusts des Starken zu buchen ist, in Franz Mehrings nachdenklicher Bemerkung:

„Vielleicht ist die Dresdner Gemäldegalerie ein ebenso wirksamer Hebel deutscher Kultur gewesen wie der Stock, mit dem die preußischen Friedriche ihre Soldaten drillten."

Hermann Wendel.

Rundfunk

Kattowitz und Warschau.

Mittwoch, den 1. Februar.

15,35: Kinderfunk. 16: Berichte. 16,10: Solistenkonzert auf Schallplatten. 16,40: Vortrag. 17: Schulkonzert. 17,30: Musikalisches Zwischenspiel. 17,40: Vortrag. 18: Leichte Musik. 19: Schlesische Hausfrauen. 19,15: Verschiedenes. 19,25: Jugendnachrichten. 19,30: Feuilleton und Presse. 20: Alte und neue Lieder. 20.50: Sportnachrichten u. Presse. 21: Konzert. 22,20: Tanzmusik auf Schallplatten. 23: Briefkasten in französischer Sprache.

Breslau und Gleiwitz.

Mittwoch, den 1. Februar.

11,30: Wetter und Für die Landwirtschaft. 11,50: Konzert aus Dresden. 16: Vortrag. 16,30: Klavierkompositionen. 17: Das Buch des Tages. 17,15: Zweiter landw. Preisbericht; anschl.: Vortrag. 18: Kleinkinderpädagogik. 18.20: Suste nischt — ock helfa! 18,25: Carl Loewe-Balladen. 19,30: Wetter, anschl.: Streifzüge durch die Weltpolitik. 20: Heitere Begegnung! 21: Heiteres Oberschlesisches Funkquartett. 22,10: Zeit, Wetter, Tagesnachrichten und Sport. 22,30: Funkbriefkasten. 22,40: Pack deine Koffer und reise. 23: Tanzmusik.

Versammlungskalender

D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt.

Neudorf. Am Dienstag, den 31. Januar, nachmittags 5 Uhr, findet bei Gorecki eine Mitgliederversammlung der D. S. A. P. statt. Referent: Genosse Kowoll.

Bergbauindustriearbeiterversammlungen

Donnerstag, den 2. Februar.

Giszowiec. Vorm. ½9 Uhr, Vorstandssitzung, um 10 Uhr, Versammlung bei Herzko. Referent zur Stelle.

Siemianowice. Nachm. 4 Uhr, bei Kozdon. Ref. zur Stelle.

Maschinisten und Heizer.

Generalversammlungen.

Nikolai. Am Donnerstag, den 2. Februar, vormittags 10 Uhr, im bekannten Lokal.

Bezirksarbeitersekretariat des A. D. G. B.

Kattowitz. Die nächste Beratungsstunde findet in Kattowitz bereits am Mittwoch, den 1. Februar, zur gewohnten Zeit und im bekannten Lokal statt.

Wochenplan der S. J. P. Katowice.

Dienstag: Bund für Arbeiterbildung.
Mittwoch: Vortrag.

Wochenprogramm der D. S. J. P. Königshütte.

Dienstag, den 31. Januar: Bühnenprobe.
Mittwoch, den 1. Februar: Vortrag vom B. f. A.

Kattowitz. (D. M. V.) Unsere diesjährige Generalversammlung findet am 2. Februar d. Js. (Feiertag), vormittags 9½ Uhr, im Saale des Zentralhotels, statt. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht. Verbandsbuch legitimiert.

Kattowitz. (Zentralverband der Zimmerer.) Am Donnerstag, den 2. Februar, vormittags um 9½ Uhr, findet im Zimmer 15 des Zentralhotels die Generalversammlung stat. Alle Kollegen müssen erscheinen.

Königshütte. (Arbeitsgemeinschaft der Kriegsopfer.) Die fällige Generalversammlung findet am Dienstag, den 31. Januar, um 7 Uhr abends, im Dom Ludowy, ulica 3-go Maja, statt. Daselbst jeden Montag von 6—8 Uhr, kostenlose Beratungsstunden.

Kattowitz. (Arbeiterschach-Verein.) Am Mittwoch, den 1. Februar, abends um 6,30 Uhr, findet im Zentralhotel die diesjährige Generalversammlung statt. Mitgliedskarten oder Einladungen legitimieren. Nach der Versammlung findet ein gemütlicher Unterhaltungsabend statt.

Königshütte. (Vertrauensmännersitzung des D. M. V.) Am Donnerstag, den 2. Februar 1933 (Maria Lichtmeß), vormittags um 9½ Uhr, findet im Volkshaus, Krol.-Huta, ulica 3-go Maja 6 (Altes Bibliothekszimmer), eine Vertrauensmännersitzung statt. Der Wichtigkeit wegen ist das Erscheinen erwünscht.

Königshütte. (Freie Radfahrer.) Am Donnerstag, den 2. Februar, vormittags um 10 Uhr, findet im Vereinszimmer des Volkshauses, ulica 3-go Maja, die diesjährige Generalversammlung statt. Jedes Mitglied hat zu erscheinen.

Schwientochlowitz. (T.-V. „Die Naturfreunde".) Am Mittwoch, den 1. Februar, abends um 7½ Uhr, veranstaltet die hiesige Ortsgruppe der „Naturfreunde" im schön dekorierten Saal des Herrn Bialas, jetzt Wieczorek, ulica Czarnolesna, ihr diesjähriges Wintervergnügen. Alle Freunde und Gönner dieser Bewegung sind ebenfalls herzlichst eingeladen.

Neudorf. (D. S. J. P.) Am Donnerstag, den 2. Februar, nachmittags um 5 Uhr, findet im Saal des Herrn Gorecki ein Werbeabend, beziehungsweise Elternabend der Arbeiterjugend statt, an dem Theater und andere Unterhaltungsstücke zur Aufführung gelangen. Alle Parteigenossen, Gewerkschafter mit ihren Familien und sämtliche Jugendgruppen des Bezirks sind freundlich eingeladen. Referent: Genosse Kowoll.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

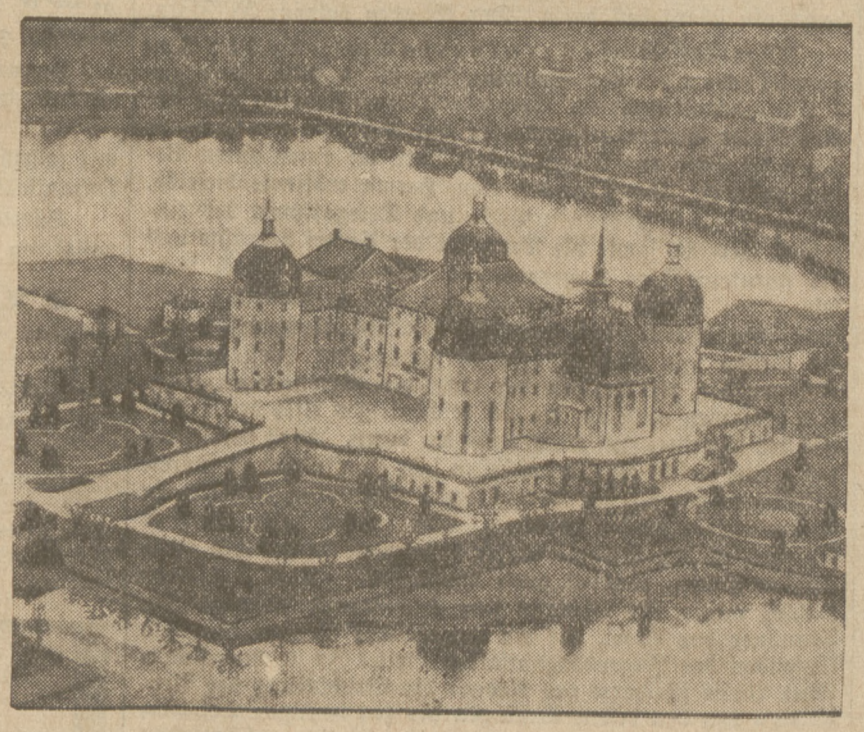
Kattowitz. Am Dienstag, den 31. Januar, abends um 8 Uhr, findet im Saal des Zentralhotels der fällige Diskussionsabend statt.

Königshütte. Am Mittwoch, den 1. Februar, abends um 7 Uhr, findet der fällige Vortrag statt. Referent: Genosse Nowak-Gleiwitz. Zahlreiches Erscheinen, vor allem der Gewerkschaftskollegen, erwünscht.

Schwientochlowitz. Am Mittwoch, den 1. Februar, abends um 7 Uhr, findet im Lokal Bialas der fällige Vortrag statt. Referent: Genosse Sowa.

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den gesamten Inhalt u. Inserate verantwortlich: J. V.: Reinhard Mai, Katowice. Verlag „Vita" Sp. z ogr. odp. Druck der Kattowitzer Buchdruckerei- und Verlags-Sp.-Akc., Katowice.

Das herrliche Wasserschloß Maritzburg bei Dresden, das August der Starke im Barockstil zum Jagdschloß umbauen ließ. Hier findet ein großer Teil der Festspiele statt, die in den kommenden Monaten zum Gedenken an den Kurfürsten veranstaltet werden.



August der Starke, Kurfürst von Sachsen, König von Polen. (Gemälde von Pesne.) — Am 1. Februar jährt sich zum 200. Male der Todestag Friedrich Augusts von Sachsen, der als August II. den polnischen Königsthron bestieg. Dresden verdankt seiner Prachtliebe die Mehrzahl der herrlichen Bauten, die die Stadt seit dieser Zeit so berühmt machten. Das Land Sachsen aber erblickt in ihm den Förderer vieler Wirtschaftszweige und vor allem den Begründer der Meißener Porzellanmanufaktur die noch heute in hoher Blüte steht.